

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Wernigerode, bei Selbstabholung
90 Pfennig. Ergeben höchstens 10 Pfennig und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen-
genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter
Zeitung, Paul Weber, G. m. b. H. Verantw. für Inhalt: Wilhelm Rindermann, für
Lageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantw. für Inhalt: Wilhelm Rindermann, für
den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Helmsche u. Interate Axel Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Ausgabenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und
Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, Kolonelle 40 Pfennig, auswärts
50 Pfennig. Abgegeben ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen
an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.
Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfach
Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Zeigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 194

Freitag, den 21. August 1931

6. Jahrgang.

Arg verschuldet!

Hugenbergs Schulden allein bei der Danat 42 Millionen.

Zürich, 20. August. (Eig. Draht.)

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ meldet seinem Blatt: „Es ist sichergestellt, daß die Schuld des von Dr. Hugenberg geleiteten Konzerns bei der Danabank nicht weniger als 42 Millionen Mk. beträgt. Man hat, wie ich zuverlässig erfahren habe, in diesen Tagen den Reichsanwalt Dr. Brüning zu veranlassen gesucht, die Macht, die das Reich heute über die Danabank und die Umwidlung ihrer Geschäfte besitzt, zu bündeln, um Dr. Hugenberg in Schwierigkeiten zu versetzen, die gleichzeitig das Ende seiner politischen Tätigkeit bedeuten würden. Der Reichsanwalt hat das abgelehnt. Die Verpflichtungen Dr. Hugenbergs und seiner Unternehmungen beruhen auf privatrechtlichen Grundlagen und dürfen auch auf privatrechtlicher Basis unter Ausschluß jedes politischen Momentes abgewickelt werden.“

42 Millionen Schulden allein bei der Danat und das in der heutigen Zeit ist selbst für den Hugenberg-Konzern eine Last, die er auf die Dauer überhaupt nur tragen kann, wenn ihm die unter Reichsgarantie stehende Danat weitgehend entgegenkommt! Ist in dieser Beziehung nicht bereits etwas geschehen?

Die Konjunktur, mit der Herr Brüning den Schuldner der Republik, Herrn Hugenberg, behandeln wissen will, finden wir von ihm als Reichsanwalt begreiflich. Hugenberg hat das Geld auf „privatrechtlicher Grundlage“ gepumpt, aber ist er bisher auch den Voraussetzungen dieses Pumps gerecht geworden? Hat er mit der längst fälligen Rückzahlung der Kredite bereits begonnen?

Es scheint, daß die Konjunktur der Republik gegenüber Herrn Hugenberg, der jahrelang gerade die republikanische Staatsform und ihre Repräsentanten mit Gift und Galle hat anfümpfen lassen und auch jetzt noch kein anderes Ziel kennt, wieder einmal keine Grenzen kennt. Wir fordern deshalb, daß die Reichsregierung endlich die Forderungen nach der Steuerzahler, ohne deren Steuergrößen die Reichsgarantie für die Danat nicht möglich wäre, erfüllen läßt, ab und wie mit ihrem Geld einer der Verderber Deutschlands über Wasser gehalten wird.

Nazi-Pleite in Hannover.

Trotz Pleite hohe Rednerhonorare.

Hannover, 20. August. (Eig. Draht.) Das nationalsozialistische Organ in Hannover hat nach einer Mitteilung des sozialdemokratischen „Volksblatt“ mindestens 220000 Mark Schulden, denn es ist mit Weesen gekauft worden, wobei sich die Lieferfirma das Eigentumsrecht vorbehalten hat. Namhafte Firmen sollen Wechsel des Blattes mit der Bemerkung zurückgegeben haben, daß der Hannoverische Redner nicht in dem Maße stehe, zahlungsfähig zu sein. Der „Volksblatt“ meldet ferner, daß Prinz Ximel kürzlich für eine Rednerversammlung 2500 Mark Rednerhonorare gefordert und erhalten habe und der Schmale Schatzmann Röhren zu dem gleichen Zweck in den Besitz von 150 000 ge-

langt ist. Von den Einnahmen der betreffenden Versammlung soll der Münchener Zentralleitung als Ablösung für die ihr von der Hannover'schen Ortsgruppe geschuldeten 190000 Mk ein Betrag von 25000 Mk überwiesen worden sein. An die Abdeckung der Schulden in Hannover, wo mehrere Schlächter schon seit Wochen für gelieferte Waren 48000 Mk zur Bezahlung haben, hat die Nazi-Leitung in Hannover bisher nicht geahndet.

Nazis gegen Nazis.

Gemüth, 20. August. (Eig. Draht.) In Gemüth kam es am Mittwoch in vorgedachter Abendstunde zwischen Nationalsozialisten der Richtung Straßer und der Richtung Hitler zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Straßerleute hatten zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Erschienen waren etwa 20 Personen. Kurz vor Beginn der Versammlung drangen 150 Nationalsozialisten der Richtung Hitler in den Saal, besetzten Fenster und Türen, so daß von den Anwesenden niemand den Saal verlassen konnte. Dann gingen die Hitler Nazis zum Angriff vor. Mit Äußerungen wie: „Allo nun front Heil!“ und „Zeit den Brüdern, daß unsere Richtung richtig ist!“ begann ein Bombardement mit Biergläsern, Flaschen und Blumenbecken auf die Straßerleute. Sämtliche Tische und Stühle des Saals wurden kurz und klein geschlagen. Die rasende Hitlermeute vergriff sich selbst an den wenigen anwesenden Frauen. Die Einbringer der Straßer Versammlung wurden fast alle mit geschlagen. Als das Überfallkommando erschien, schickten die Hitler Nazis durch Türen und Fenster. Die Polizei nahm mehrere Personen fest.

Die englische Sparaktion.

Ein zehnprozentiger Zoll auf die Einfuhr?

London, 20. August. (Eig. Draht.) Die Arbeiterrregierung unterrichtet die Fraktionen des Unterhauses am Donnerstag über das nach langen Kabinettsberatungen zustandgekommene Sparprogramm. Zunächst wurden die Vertreter der Liberalen Partei empfangen, dann die Führer der Konservativen Partei und schließlich der Vorstand der Labour-Party und der Generalrat der Gewerkschaften. In dem Sparprogramm, über dessen Inhalt zuverlässige Einzelheiten immer noch nicht vorliegen, ist der vielbesprochene Zehnpromige Zoll auf die gesamte Einfuhr nach England nicht enthalten. Innerhalb der Regierung war eine Einigung darüber, ob dieser Zehnpromige Zoll in das Programm aufgenommen werden soll oder nicht, nicht zu erzielen. Demnach bedeutet dieser Zoll jedoch für die Konservativen wie für die Gewerkschaften das kleinere Übel, soweit man durch ihn eine Erhöhung der direkten Steuern oder um eine Subvention heruntommen kann. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß der Zoll während der Beratungen über das Sparprogramm wieder erörtert in den Vordergrund der Besprechungen tritt. Wie lange sich die Verhandlungen hinziehen werden, ist vorläufig nicht zu erfermen. Am Freitag vormittag werden die Führer der Konservativen Partei von der Regierung nochmals empfangen.

Nazi-Hetze um Jüterbog.

Gemeine Verdächtigung des Reichsbanners.

Berlin, 20. August. Der Berliner Polizeipräsident teilte mit, die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ ist auf Grund des § 2 der Rotverordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausprägungen vom 17. Juli bis 20. August einschließlich verboten worden. Das genannte Blatt hat am Donnerstag in sensationeller Form die Behauptung aufgestellt, daß Reichsbannerleute als Täter für das Eisenbahnattentat von Jüterbog in Frage kämen. Diese Behauptung, die mit den polizeilichen Ermittlungen in der Affenattentat Jüterbog in keiner Weise übereinstimmt, stellt eine so außerordentlich erniedrigende und auch im politischen Kampf zu beachtenden Grenzen dar, daß eine erhebliche Beförderung der Sicherheit und Ordnung als vorliegend erachtet werden muß. Aus diesem Grunde ist das erwähnte Verbot erfolgt. Bemert sei noch, daß unter den vielen hundert Spuren, die zurzeit in der Affenattentat Jüterbog verstreut werden, keine einzige vorhanden ist, die auch nur andeutungsweise in der vom „Angriff“ behaupteten Richtung liegt.

Die unerhörte Behauptung des Berliner Nazi-Organs ist in der Form eines Briefes aufgestellt worden, der von einem Verband der Bahnpolizeipolizisten stammen soll. Dazu teilt die Reichspolizei mit, daß es einen Verband der Bahnpolizeipolizisten nicht gibt. Es sei ihr nur bekannt geworden, daß sich vor kurzer Zeit ein „Verband der Überwachungsbediensteten der Deutschen Reichsbahn (DRB)“ zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Interessen gebildet hat. D diesem Verband hätten sich schätzungsweise nur wenige Prozent des 1700 Mann umfassenden Überwachungsbediensteten angegeschlossen. Die Reichsbahnverwaltung werde im übrigen

sofort untersuchen, von wem die in der Presse getriebene Verleumdung ausgegangen sei und, falls Reichsbahnbediente in Frage kommen, diese sofort zur Rechenschaft ziehen.

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarzrotgold nimmt zu der neuesten Nazi-Hetze in einer längeren Erklärung Stellung, in der es u. a. heißt: „Die Vorwürfe gegen das Reichsbanner sind so ungeschmackhaft, daß sie jeden Ansehensverlust an dem bewußte Mitleid und Verleumdung erscheinen müssen. Wenn sie das nationalsozialistische Blatt trotzdem in so sensationeller Form veröffentlicht, so verfolgt es damit offenbar den Zweck, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den sich täglich häufenden Gewalttaten der Nationalsozialisten abzuwenden, wenn nicht gar auf diese Weise der Versuch unternommen wird, die Unterwerfung des Eisenbahnmaterials auf solche Fährte zu lenken. Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarzrotgold weist die gegen das Reichsbanner erhobenen Vorwürfe mit aller Schärfe zurück und erklärt:

1. Nach den Mitteilungen des Polizeipräsidenten in Berlin hat sich unter den vielen Anzeigen, die bei der Unterwerfung des Eisenbahnmaterials eingegangen sind, nicht eine einzige Spur gefunden, die auch nur andeutungsweise einen Verdacht gegen Reichsbannerleute erkennen ließe. 2. Das Reichsbanner ist und bleibt unbewaffnet. Die Behauptung von einer systematischen Bewaffnung und von dem Bestehen einer Zentralfeste zur einheitlichen Waffenbesorgung ist aus der Luft gegriffen, wie auch die Behauptung von den beschriebenen Waffendepots bei der Reichsbahn in das Reich der Fabel gehört. 3. Eine Schizo-Terror-Organisation existiert nicht und hat auch nie existiert.“

Reichsreform — aber wie?

Den in der Öffentlichkeit diskutierten Reichsreformentwürfen ist gemeinlich, daß sie nur durch Veränderungen der Reichsversammlung realisiert werden können. Die Reichsversammlung im gegenwärtigen Reichstag lassen einen dahin zielenden Versuch aber als aussichtslos erscheinen. Der Weg über den Reichsentscheid würde bei zielbewusster Aufklärungsarbeit vielleicht zum Erfolge führen. Gegen seine Befreiung spricht all das, was gegen große öffentliche Versammlungen in diesen Zeiten, insbesondere vom Standpunkt der Sicherheit und Ordnung angeführt werden kann. Soll man nun resignieren und die Dinge treiben lassen? Eine solche Haltung könnte leicht verhängnisvoll werden. Der Satz, daß die Verögerung notwendiger Reformen die Mutter der Revolution ist, daß auch hier „Dabel ist natürlich nicht Revolution im eigentlichen Sinne gemeint, sondern nur infolge, als ein zu langes Hinanzögern der neuen Staatsgestaltung dazu zwingen könnte, unter ungünstigsten Verhältnissen überzürst und ohne die notwendige Rücksichtnahme auf die unendliche Mannigfaltigkeit der Verhältnisse eine Revolution durchzuführen, die sich heute noch organisch an das Bestehende anschließen und auf ihm aufbauen kann. Was läßt sich also zurzeit praktisch tun?

Der Preussische Ministerpräsident hat kürzlich in einem Getzungsentwurf im Zusammenhang mit der als notwendig anerkannten Reuegestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse im Reich folgendes ausgeführt:

„Preußen wird dem Reiche ohne jede Spur von Partikularismus und Eigenliebe zur Seite stehen, wenn es jetzt daran gehen will, die Grundröße einer vernünftigen Nationalverwaltung des deutschen Verwaltungsapparates in die Wege zu leiten. Es wird ihm die Wege ebener flachen als zu einer Reichsverwaltungsreform, bei der sich alle diejenigen auf breiter Basis zusammenfinden werden, die einsehen, daß jetzt nicht Parteienkampf und aber Zant erlaubt sind, sondern daß das deutsche Staatsgefüge von allem unnötigen Ballast befreit werden muß, wenn es die künftige Fahrt in schwerer Seent bis zum sicheren Hafen bestehen will.“

Mit diesen Worten — Reichsverwaltungsreform! — ist angedeutet, daß nicht an eine verfassungsrechtliche Reuegestaltung des Reichsstaates gedacht ist. Die schwere Seent, von der der Preussische Ministerpräsident spricht, gestaltet keine schwierigen Umstände, erlaubt nicht abzumachen, bis die Voraussetzungen für eine unvollständige Verfassungsreform gegeben sind, auf deren Fehlen einleuchtend hingewiesen ist. Es muß schnell gehandelt werden, Laufen müssen an die Stelle rechtlicher Konstruktionen treten: Taten statt Worte!

Gedacht ist zunächst an die Herstellung von Verwaltungsgemeinschaften zwischen dem Reich und Preußen, wie sie auf Einzelgebieten schon lange bestehen. Die Gemeinschaft soll aber die Zentralfeststellen, die Ministerien von Reich und Preußen erfassen. Denn man den Gedanken der Bildung von Verwaltungsgemeinschaften in der Richtung der sog. differenzierenden Entlohnung weiter, so läßt sich eine Verwischung zwischen den Reichsorganen und den entsprechenden Organen der anderen norddeutschen Bundesländer ausbilden. Das Reichsjustizministerium würde dann also nicht nur zugleich preussisches Justizministerium sein, sondern auch Justizministerium für Hamburg, die beiden Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig usw. Der Reichsminister wäre dann in seiner Eigenschaft als Landesminister allerdings den Parlamenten der zusammengeschlossenen Länder verantwortlich, weil diese ja rechtlich als Länder bestehen bleiben. Es ist aber schwer vorstellbar, daß der Länderparlamentarismus die Kraft haben sollte, bei einer Fortdauer der auf Zusammenbruch abzielenden allgemeinen Tendenz dieses Junctum wieder zu bestehen. Man wird im Gegenzug annehmen dürfen, daß die Gemeinsamkeit der Regierung dazu führt, daß die Parteimehrheiten im Reich und den in Betracht kommenden Ländern aufeinander abgestimmt werden. Meinungsverschiedenheiten, die etwa in der Frage der Vertrauensstellung zwischen Reichs- und Landesparlament bestehen, werden innerlich der die gemeinsame Regierung stützenden Parteien zu bereinigen sein. Die Bereinigung der Verwaltung dürfte dann zu gegebener Zeit die Bereinigung des Parlamentarismus folgen, sodas der tatsächlich bestehende Zustand alsbald verfassungsrechtlich untermauert wird.

Diese zurzeit angebotene Maßnahme, die auf dem Wege von Konventionen hermitriert werden könnte, erscheint aber allein nicht ausreichend; sie würde sich nach dem Gesagten zunächst auf die Zentralfeststellen, die Ministerien, beschränken. Gemäß würde die damit verbundene Unterteilung von Reichs- und Landesbehörden unter einheitliche Zentralorgane nicht ohne Einwirkung auf eine Neuorganisation auch in der Provinzial- und Lokalinstanz bleiben. Diese aber ist nicht möglich ohne eine territoriale Fürtbereinigung, die den Austausch der Entlasten zwischen den Ländern auf der einen Seite und die Neugliederung der Verwaltungsbezirke auf der anderen zum Ziele haben muß. Eine reichsrechtliche Ermächtigung, ohne Bemühung der Länderparlamente die Maßnahme durchzuführen, würde schon einen erheblichen Teil der Schwierigkeiten beseitigen, die heute von der Seite der Verwaltungsgeschichte aus einer parlamentarischen und rationalen Durchführung der Verwaltungsaufgaben im Wege stehen. Auf der Grundlage gut gestimmter Verwaltungsbezirke lassen sich dann die notwendigen Zusammenlegungen der Behörden, deren

Kompetenzen sich heute in oft so strenger Art überschneiden, leichter durchzuführen.

Eine in diese Richtung getriebene Reichsverwaltungsreform macht die vorherige Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts nicht überflüssig. Letzteres wäre es sogar am besten, wollte man den vorliegenden Gesetzentwurf über das Reichsverwaltungsgericht zuerst in Kraft setzen. Hiermit würde der unerlässlichen Zusammenlegung von Behörden am besten vorgebeugt; mit dem Reichsverwaltungsgericht würden mehrere Sonderverwaltungsgerichte des Reichs fortfallen, außerdem aber wäre mit ihm die Verbindung zur Verwaltungsgerichtsbarkeit der Länder hergestellt. Damit wäre ein Anfang gemacht und der schmernde Pessimismus befreit, der schon immer noch über dem gesamten Gebiet der Reichsreform und Reichsverwaltungsreform liegt.

Das Andenken an den Reichsfreiherrn von Stein, der in Worten nie geleitert wurde, könnte nicht eher gelehrt werden als durch Ausführung der Reformgesetze, also die praktische Annahmepolitik der gewaltigen Probleme die ihrer Lösung harrten. Pessimismus zeigt kein Beispiel, daß große reformatorische Fortschritte in Zeiten äußerster Not möglich waren und möglich sind. So wir möchten weitergehen und sagen, daß die menschliche Trägheit und Gewohnheit nur in solchen Zeiten überwinden werden kann.

Reichsreform durch Notverordnung?

Ein Vorschlag Hoepfer-Hoffmanns.

Der preussische Finanzminister Dr. Hoepfer-Hoffmann magt zur Frage der Reichsreform im „Deutschen Volkswohl“ folgende Vorschläge:

1. Der Preussische Innenminister wird gleichzeitig Reichsinnenminister. Das Reich übernimmt die Polizeiverwaltung und die Grenzschutzverwaltung in Preussen. Dies kann durch Notverordnung besetzt werden, weil der Artikel 48 in Notzeiten dem Reichspräsidenten das Recht gibt, nicht nur die Befugnisse des Reichsregierers und des Landesregierers auszuüben, sondern auch die Landesverwaltung an sich zu nehmen. Da das verfassungswidrige Gesetz Anordnen würde, und ein solches Handeln geboten ist, sind die Voraussetzungen des Artikels 48 für eine vorläufige Regelung bis zur Verabschiedung des verfassungswidrigen Reichsgesetzes gegeben.

2. Der Reichsjustizminister übernimmt die Betreuung der preussischen Justizverwaltung. Auch dies kann durch Notverordnung besetzt werden in dem Sinne, daß die Reichsregierung die Leitung der Justizverwaltung für das Land Preussen ausübt. Dieser Übergang kann auf Grund der Reichsabgabenerordnung durch einen preussischen Antrag ohne weiteres herbeigeführt werden.

Der Reichsinnenminister und der Reichsjustizminister würden alsdann gleichzeitig Mitglieder des preussischen Kabinetts sein, und der preussische Ministerpräsident müßte als Vizekanzler in das Reichskabinet einsteigen. Diese wechselseitigen Bestimmungen können ohne Gefährdung der Reichsreform durch sich gehen.

Das sind die entscheidenden Maßnahmen. Man kann die Dinge noch weiter treiben: Das Reichsarbeitsministerium könnte die Aufgaben des preussischen Wohlfahrtsministeriums (ohne Regionalverwaltung und Sozialpolizei), das Wirtschaftsministerium die Aufgaben des preussischen Handelsministeriums (ohne Berufsschulwesen, Bergverwaltung und Betreuung der preussischen Gesellschaften), das Reichsernährungsministerium die Aufgaben des preussischen Landwirtschaftsministeriums (ohne Berufsschulwesen und Verwaltung der Domänen und Forsten) übernehmen.

Die ungarische Krise.

Französische Forderungen.

Budapest, 20. August. (Eig. Draht.) Die Intervention Frankreichs, die zum Sturze der Regierung Békésien geführt hat, liegt hier im Mittelpunkt der Erörterungen. In diesem Zusammenhang stellt das Volk der feinen Landwirte, deren Reaktion bisher an der Regierung festlag, fest, daß der Vorschlag über die ungarisch-französische Krise von mehreren Millionen Markt geheime Klauen enthält. Danach würde die ungarische Regierung gezwungen, der Tschechoslowakei handelspolitische Konzessionen zu gewähren und die Verwaltung der ungarischen Eisenbahn einer französischen Finanzgruppe zu übergeben. Der Schwerpunkt der neuen Kabinettsbildung liegt in der Wahl des neuen Finanzministers. Der mit der Kabinettsbildung beauftragte Graf Karolyi erklärte vor Journalisten, daß er die Regierung auf der Basis des zurückgetretenen Kabinetts bilden werde. Das bedeutet jedoch nicht, daß er Personen, die vorher der Einheitspartei noch der Christlich-sozialen Partei angehört haben, nicht in die Verhandlungen zur Neubildung des Kabinetts einbeziehen werde.

Der Austritt des Grafen Stefan Békésien beweist, das etwas im „Königreich“ Ungarn nicht stimmt. Das gesamte Kreditwesen Ungarns ist in den letzten Monaten in Unordnung geraten. Das kam am deutlichsten in den Tagen zum Ausdruck, als die deutsche Finanzkrise ihren Höhepunkt fand. Danach verfiel die ungarische Regierung ohne Scheinbaren äußeren Anlaß genau die gleichen Maßnahmen wie die Reichsregierung: Bankrottverkäufe, Börsenschließung und dergleichen. Ungarn benötigt nun eine großzügige finanzielle Hilfe. Dieses bringende Anleihen- und Kreditbedürfnis kann heuteutage von allen europäischen Staaten nur Frankreich befriedigen. Nun hat Ungarn seit Jahren eine Außenpolitik getrieben, die es in dauernden Gegenstoß zu Frankreich gebracht hat. Entsprechend der reaktionär-nationalistischen Einstellung im Inneren hat sich Ungarn auch nach außen in das schärfste Fahrwasser begeben. Die Pariser Banken sind aber nicht geneigt, ihr Geld solchen Ländern zu borgen, die außenpolitische Ziele gegen Frankreich oder gegen die Freunde Frankreichs verfolgen. Das haben in den letzten zwei Monaten auch Österreich und Deutschland gelernt. Aus Ungarn muß sich jetzt entscheiden, ob es weiter Kreditbedürfnis treiben und als Sturmböck Walfischli dienen will, oder eine Annäherung an Frankreich und damit an die kleine Entente wünscht.

Herbsttagung des Völkerbundes

Seine Parlamentarier in der deutschen Delegation.

Berlin, 20. August. Der deutschen Delegation zur diesjährigen Väterkonferenz werden im Gegensatz zu der bisherigen Leitung keine Parlamentarier angeboten. Das Auswärtige Amt hält es angelegentlich der Meinung der Parteien und der Schwierigkeiten, die sich aus ihren verschiedenen Beziehungen zur Regierung ergeben, für unmöglich, eine geeignete Auswahl zu treffen. Das ist weitgehend der offizielle Grund für seine Stellungnahme, ob es auch der wahre ist, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Jedenfalls soll die Delegation diesmal ausschließlich aus Beamten bestehen und zwar nehmen die Plätze der Hauptabteilungsleiter der Außenminister Curtius, der Direktor der

Strafanträge gegen Sturm 33

Hohe Gefängnisstrafe beantragt. — Abgrundtiefe Rohheit und Verwahrlosung der Nazis.

Berlin, 20. August. Im Prozeß gegen die nationalsozialistischen Romdys zum Sturm 33 in Berlin-Moabit beantragte der Staatsanwaltschaftsrat Eshing am Donnerstag gegen die Angeklagten hohe Gefängnisstrafen.

In detaillierten Ausführungen ging der Ankläger auf die Ergebnisse der Beweisaufnahme ein und verpönte die verlogenen Ausreden der Angeklagten, die heute ihre vor der politischen Polizei und dem Untersuchungsrichter freiwillig abgelegten Geständnisse nicht wahrhaben wollen und dreist genug sind, die politischen Beamten zu verächtlichen, bewußt falsche Protokolle angefertigt zu haben. Im einzelnen beantragte der Staatsanwalt gegen den erst 33jährigen Neubert, den er für vollkommen überführt hält, die lebensgefährlichen Stiche auf Riemenführer geführt zu haben, gegen verlassenen Totschläger, schweren Landfriedensbruchs und Raubhandels insgesamt vier Jahre Gefängnis.

Fünf Monate der Untersuchungsfrist sollen dem Angeklagten anzurechnen, das zur Tat benutzte Messer soll eingezogen werden. Gegen den Angeklagten Friede beantragte der Staatsanwalt wegen der gleichen Delikte die gleiche Strafe, während er für Beder und Birt, die an dem bestialischen Überfall auf die Brüder Riemenführer weniger hervorragend beteiligt waren, je zwei Jahre sechs Monate Gefängnis für angemessen hielt. Birt sollen zwei Monate Untersuchungsfrist in Anrechnung gebracht werden. Gegen Freyer, den letzten Angeklagten, beantragte der Ankläger Freipruch. Im übrigen hat er, die Schicksale wegen Rückwärtschritts (siehe Sturmführer) aufrecht zu erhalten und den Angeklagten die Überzeugungsfrist abzusprechen.

In der Begründung seiner Anträge zeigte Staatsanwaltschaftsrat Eshing

die abgrundtiefe Rohheit und Verwahrlosung auf, mit der die Nazis vom Sturm 33 ihre Tat ausgeführt haben.

Als Beweis dafür, daß die Verurte der Angeklagten, die Dinge so hinzustellen, als ob sie in Notwehr gehandelt hätten, gänzlich sinnlos sind, zog der Ankläger die Auslagen der Schwärzeren Krüger, der Freundinnen der Angeklagten Bader und Neubert, heran, die

die Planmäßigkeit des Verbrechens einwandfrei erwies. Neubert habe sich feinergeblütig sein Blut nach getrieben und davon gesprochen, daß er „einen anfänglich fertig gemacht habe“ und daß die „sechs Stiche bestimmt gezogen hätten“. Wenn er das auch heute als Kennenwahrer abtun wolle, so finden dem die Auslagen vor der Polizei gegenüber, durch die er sich gleichfalls schwer belastet habe. Wenn man dem Ausbreiten Neuberts folgen würde, so müßte man den Angeklagten für geisteskrank erklären, da nicht anzunehmen sei, daß ein geheimer Mensch sich geimlos derart schwer belaste. Welcher Geist in den Beuten des Sturms 33 lebendig sei, erweise man daraus, daß man es anfänglich vermeiden habe, bei den Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern die Polizei heranzuziehen, die allein das Recht habe, für Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen. Am Gegenteil, man habe, seiner lichtglaube Pläne wegen, eine sehr bezeichnende Angst vor den Beamten gehabt. Wörtlich fuhr der Staatsanwalt dann fort: Dem politischen Romdysium muß mit allen Mitteln das Handwerk gelegt werden.

Die unheimlich bedrohliche Anführung der Romdysen der Radikalen zwingen dazu, dieser Ergüsse mit unerbittlicher Strenge zu gedenken. Durch Taten dieser Art find wir mit an den Rand des Verderbens gebracht worden. Das Ausland muß den Eindruck nehmen, daß wir die Kraft verloren haben, für Ordnung u. Sicherheit im Lande Sorge zu tragen. Es genügt nicht, auf diese verhängnisvollen Zustände hinzuweisen. Die Strafen, die Sie, meine Herren Richter, erheben müssen, müssen diesen ungläubigen Verhältnissen ein Ende zu machen. Bittere Notwendigkeit zwingt dazu, diesen Straftatenkombattanten energisch zu zeigen, daß das Gesetz für alle gilt.

Abschließend behandelte der Staatsanwalt die Gründe, die ihn bezogen hatten, den Angeklagten die Überzeugungsfrist abzusprechen und die in der Mitte der Angeklagten, die zuerst ihre gegebenen Ausführungen liegen. Die Angeklagten, die zuerst ihre gegebenen Ausführungen, wurden, als der Ankläger mit ihren Fratzen aufgeräumt schienen, wurden, als der Ankläger zu Minute stiller. Sie schenken zum Schluß der Rede, von Minute zu Minute stiller. Sie schenken zum Schluß der Rede, von Minute zu Minute stiller.

Völkerbundskommission soll Oesterreichs Finanzverhältnisse studieren.



Dr. Franzose Wenzel

ist als Führer einer Völkerbundskommission in Wien eingetroffen, um eine eingehende Untersuchung der österreichischen Wirtschaftslage vorzunehmen.

juristischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Gauß und Graf Bernstorff ein. Als Gefolgsmann fungieren drei Herren im Gefolge, darunter der derzeitige Gesandte in Oslo, Freiherr von Metzinger.

Eine Zeit lang war auch beschäftigt, zwei im vergangenen September nicht wiedergewählten Mitglieder von zwei Rechtsparzellen zur Disposition anzugehen. Wie ein solcher absurder Gedanke, der wieder einmal diese psychologische Verfassung, die auf außenpolitische Wirkungen verweisen ließ, aufkommen konnte, ist schwer zu begreifen. Glücklicherweise hat das Auswärtige Amt den Plan in letzter Stunde — vielleicht nicht ganz freiwillig — wieder aufgegeben.

Die französische Delegation.

Paris, 20. August. (Eig. Draht.) Der französische Minister hat am Donnerstag beschlossen, als Hauptdelegierte zur diesjährigen Väterkonferenz die Minister Briand, Flandin und Rolin zu entsenden. — Der Präsident der Republik hat den Unterstaatssekretär Francois Boncet am Donnerstag zum Botschafter Frankreichs in Berlin ernannt.

Die Kämpfe in Kuba.

London, 20. August. (Telefon.) Britische Meldungen aus Havanna bringen Einzelheiten über die schweren Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen um die Stadt Obarra. Danach sollen sich die Kämpfe auf beiden Seiten auf 600 Tote belaufen. 200 Aufständische, die in einem Tunnel Zuflucht genommen hatten, wurden nach heftigem Kampf gefangen genommen. Wie weiter geht wird, hat das kubanische Kommando „Barra“ die von den Aufständischen besetzte Gernarmerieschule in Obarra besessen. Präsident Machado soll die militärischen Operationen in der Provinz Santa Clara selbst leiten. In kubanischen Regierungskreisen wird die Meldung, wonach der Präsident von der Hauptstadt Havanna abgehimmelt worden sei, als unrichtig bezeichnet. Der Präsident könne jederzeit auf dem Luftwege nach Havanna zurückkehren. Die Luftstreitkräfte der Regierung sind anheindem vom Reich verlost worden. Von sechs Flugzeugen, die aufgeflogen waren, um die Aufständischen zu bekämpfen, ist nicht ein einziges zurückgekehrt. Ein Flugzeug ist in zwischen zertrümmert aufgefunden.

Ernennung Francois Boncets zum Botschafter in Berlin.

Paris, 21. August. Der im Ministerrat zum französischen Botschafter in Berlin ernannte Unterstaatssekretär Francois Boncet hat noch am Donnerstagabend dem Ministerpräsidenten seine Demission als Unterstaatssekretär überreicht, die angenommen wurde. Das Ernennungsbekret erwähnt, daß die Ernennung von Francois Boncet zum Botschafter in Berlin eine zeitlich befristete ist. Denn nach der französischen Verfassung können Abgeordnete nur für die Dauer von sechs Monaten mit einer auswärtigen Mission betraut werden. Man glaubt jedoch, daß Boncet sich endgültig der diplomatischen Laufbahn widmen und daher binnen kurzem sein Abgeordnetenmandat zur Verfügung stellen wird.

Severing in Liegnitz.

Liegnitz, 20. August. (Eig. Draht.) Am Donnerstag trat der preussische Innenminister Severing nach seiner Einführung das neue Verwaltungspräsidium Dr. Simons in Liegnitz ein. Auf dem Bahnhofsoorplatz wurde er durch eine Abteilung Reichshamer mit einem dreifachen „Frei Heil“ empfangen. Severing dankte für den Empfang und wies in einer Ansprache darauf hin, daß die bevorstehenden Monate für das deutsche Volk besonders schwer sein würden. Nur durch Zusammenhalt werde es gelingen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Der Minister brachte dann ein dreifaches Hoch auf die Republik aus. Severing und Oberpräsident Biedermann besaßen sich später in das Alexander-Schloß, wo um 12 Uhr im Großen Saal die Einführung des neuen Regierungspräsidenten Dr. Simons erfolgte. In der Einführung, die internen Charakter hatte, nahmen sämtliche Mitglieder der Liegnitzer Regierung teil. Ansprachen hielten der Innenminister und der Oberpräsident.

„Verschwenderische Wirtschaft“ der Preussischen Staatsregierung.

„Eine Ministerkasselerstellung für Reineinnehmer.“

Der Ministerpräsident Preussens schreibt: In den Tagen vor dem Volksentscheid ging durch eine große Partei von rechtsstehenden Blättern eine offenbar aus einer Berliner Zentralkasse flammende Notiz, in der unter der Überschrift „Verschwenderische Wirtschaft der öffentlichen Hand“ verurteilt wurde, das heutige „System“ zu distibulieren. Mit welcher Sachkenntnis und Sorgfalt diese polemische Notiz redigiert worden ist, geht schon aus der ersten Angabe hervor. Der Verfasser kann nicht einmal die jedem Journalisten geläufigen Ziffern des preussischen Staatshaushalts, sondern gibt für 1918 und für 1920 Angaben, die in beiden Fällen um etwa zwei Drittel hinter der Wirklichkeit zurückbleiben und deren Zustandekommen ziffernmäßig vollkommen unverständlich ist. Für das Niveau der gesamten Bevölkerung oder spricht wohl einseitig der folgende Absatz: „Früher wurden im Preussischen Wohlfahrtsministerium die Reineinnehmer nebenamtlich von einem Minister betreut. Jetzt ist hierzu eine ganze Ministerabteilung mit einem Ministerialdirektor an der Spitze erforderlich.“

Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß diese Bemerkung 15 Jahren der Unkenntnis ist, so läßlich, daß der „unterrichtete“ Verfasser nicht einmal gemerkt hat, daß es früher — womit er immer die Zeit vor der Staatsumwälzung meint — gar kein Preussisches Wohlfahrtsministerium gegeben hat. Dieses Ministerium ist nämlich erst 1920 errichtet worden. Daß in ihm nicht ein Pennig überflüssigermesse mehr für die „Betreuung“ der Reineinnehmer ausgegeben wird, als in jedem anderen geordneten Betrieb, und daß dazu auch nicht im Allermindesten etwa eine neue „Abteilung“ nötig war, versteht sich für jeden vernünftigen Menschen von selbst. Dafür wird einem aber klar, aus welcher Quelle der Verfasser der gesamten Notiz seine Informationen und auch seine Ziffern bezogen hat!

Es ist auch nach dem Volksentscheid noch wichtig, anhand der Beispiele solcher Notizen, die nicht etwa von unbedeutenden und kleinen Getlungen, sondern von Blättern, die zu den größten ihres Bezirks gehören, kritiklos wiedergegeben worden sind, zu zeigen, mit welchen Mitteln von interpellierter Seite verurteilt werden ist, die Defensivität gegen die angeblich verschwenderische Preussische Staatsregierung aufzuzeigen.

Stabsberg hat Recht. Der amerikanische Oberst Amberg mußte bei seinem Amerika-Spaziergang kurz nach dem Start in Kamfahata bei dem Meere niedergehen und eingeschleppt werden.

Ungeheure Ueberschwemmungen in England



Die Autostraße „Great West Road“ bei London, auf der jetzt die Autos sich durch den 1 m hohen Wasserstand durchkämpfen müssen. Infolge der enormen Regenfälle der letzten Wochen sind große Teile Englands in katastrophaler Weise überschwemmt. Der Schaden ist ungeheuer.

Hausfuchung im Liebknecht-Haus.

Die Berliner Polizei hat, ehe sie das Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten in Berlin am Donnerstagabend verlassen hat, eine umfassende Durchsuchung aller Räume des Hauses vorgenommen und umfangreiches Material zutage gefördert. Es wurden große Mengen von Verleumdungsmaterial und verbotenen Broschüren gefunden, ferner wurde festgestellt, daß ein großer Teil der Stellen- und Betriebszeitungen, die meist illegal erscheinen, ebenfalls im Karl-Liebknecht-Haus hergestellt wurde.

Rohlinge. In Marburg-Bahn luden mehrere junge Leute einen fast erblindeten jungen Mann zu einer Autofahrt ein. Während der Wagen in rasender Geschwindigkeit davonfuhr, banden die Insassen dem jungen Mann ein mit Acetol getränktes Taschentuch um, pfänderten ihn völlig aus und setzten ihn in der Nähe Kassel auf freier Landstraße ab. Gangbänder fanden dort den Blinden völlig erschöpft und halb bewusstlos im Straßengraben.

Anfall Caracolos. Der bekannte deutsche Autorennfahrer Hans Caracola fiel in der Nähe von St. Pölten bei Wien mit seinem Mercedeswagen gegen ein Gestrüch. Caracolos Wagen wurde gegen einen Baum gesteuert und schwer beschädigt. Caracola erlitt leichte Verletzungen.

Drei Touristen abgeführt. Bei der vom Jungfraujoch erfolgten Befreiung der Jungfrau (Schneke) sind drei englische Touristen abgeführt. Alle Touristen dürften tödlich verunglückt sein.

Tod vor Schreck. In Leipzig erschreckte sich ein fähriger Enabe beim Anblick eines Blitzlichts so sehr, daß er einem Herzschlag erlag.

Standal in Aresfeld. In Aresfeld stellte sich bei einer unvorhergesehenen Revision heraus, daß ein dortiger Ingenieur seit Jahren eine Reihe von Firmen einseitig bei der Vergabe von Straßenbahnaufrägen unterstützt und dafür Bestechungsgelder erhalten hat. Der Ingenieur wurde sofort fristlos entlassen. Die Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Die Sandgrube an der Adelstr. (Hauptbahnhof) soll neu verpachtet werden. Schenkungen liegen während der Dienststunden vom 8 bis 10 Uhr. Schriftliche Angebote mit der Aufschrift: „Angebot Pachtung der Adl. Sandgrube“ sind bis zum 29. August d. J. einzureichen. — Aufsicht bleibt vorbehalten.
Halbesbad, den 19. August 1931.
Der Magistrat.

Schlachthof-Freibank Samstagsabend von 8 bis 10 Uhr.
Hindfleisch (roh) 3 Rind 40 Pf.
Schwarteisfleisch (roh) 3 Rind 50 Pf.
Thale.

Bekanntmachung.
Die diesjährige Sitzung der Jugendhilfe findet am Donnerstag, den 27. August 1931, vormittags 10³⁰ Uhr auf dem Grundstück, Alte Post Str. 1, statt.
Diejenigen Bewerber, die Bände zur Sitzung angemeldet haben bzw. noch anmelden wollen, machen wir auf den festgesetzten Termin besonders aufmerksam.
Die Bände sind zu der angegebenen Zeit pünktlich vorzuführen.
Thale a. H., den 15. August 1931.
Der Magistrat.
August, 1. Bürgermeister.

Bekanntmachung.
Am 19., 20., 22., 24., 27. und 29. August d. J. ist das Verfahren der Einzel- Thale-Heimunterkunft mit Kreisfahrgängen nachmittags wie folgt geplant:
In der Richtung Thale-Heimunterkunft:
Von 16.30 Uhr bis 18.15 Uhr.
In der Richtung Heimunterkunft-Thale:
Von 20.30 Uhr bis 23 Uhr.
An den Samstagen und am 21., 23., 25., 28. und 29. August d. J. bleiben die Fahrgänge wie unter dem 6. Juli d. J. bekannt gemacht, bestehen.
Thale a. H., den 18. August 1931.
Die Polizeiverwaltung.
August, 1. Bürgermeister.

100 Mr. abbit Vertrieber, wenn Sie sich nicht für den Dienst und Ziele des Wirts, Niederbänk, Wiese (Steu) verurteilt. Jedes Kabinat mit genauem Wert nur Verleumdungsbüchsen. Erhardt, Sontag 14.

Inserieren bringt Gewinn!

Riefenfeuer auf Korsika. Rüdlich von Bastia auf der Insel Korsika brach in der Nacht zum Donnerstag ein Riefenfeuer aus. Eisenbahndämme und umfangreiche Wein- und Olivenplantagen wurden vernichtet. Von dem durch heftigen Wind angefachten Feuer waren lange Zeit zwei Dörfer so bedroht, daß sie geräumt werden mußten. Nachdem sich der Wind gelegt hatte, konnte am Donnerstag mit Unterstützung von Truppenabteilungen aus Bastia der Brand gelöscht werden.

180 000 Mark unterschlagen? Unter dem Verdacht, 180 000 M. unterschlagen zu haben, wurde der Glashäufener Filialleiter der Hidenhauser Spar- und Darlehensstelle, Rentbank Hsta Erbbrücker, verhaftet.

Schiffsuntergang. Bei einem Sturm im Kalpischen Meer sanken ein russischer Kutter und vier Fischerboote. 23 Personen sind ertrunken.

Bausparerverband in Frankfurt. Der Untersuchungsrichter hat gegen die Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder der Baus- und Finanzierungsgesellschaft GmbH. ein Verfahren wegen verschiedener strafbarer Handlungen eröffnet. Den Beschuldigten wird Betrug und Untreue vorgeworfen. Den Mitgliedern der Gesellschaft soll in mehreren Fällen unter falschen Vorwänden Hypothekendarlehen abgeschwindelt worden sein. Den Beschuldigten wird ferner zum Vorwurf gemacht, daß sie den Anwärtern auf Guthaben jinsolventes Baugeld verprochen haben.

Die Ehefrau erlösen. In Schwelmig erlief ein 40jähriger Mann in einem Streit seine Frau auf offener Straße. Der Täter wurde aber noch kurzer Zeit gefaßt und verhaftet.

Ermordung einer Botanikerin. An Dreifischschloß bei Frankfurt-Main wurde eine 58jährige Botanikerin in ihrer Wohnung erschlagen aufgefunden. Der Tat verdächtig wurde der 60jährige Ehemann der Ermordeten verhaftet.

33 Typuslöcher. In Basel sind 33 Göße und Angestellte eines alkoholfreien Restaurants an Typhus erkrankt. Eine Kellnerin erlag bereits dem Leiden. Sämtliche Getränke hatten in dem Restaurant, das inzwischen geschlossen wurde, am gleichen Tage zu Mittag gegessen.

Bauganglief. In Diederhosen brach ein an einer Eisenbahnbrücke aufgebautes Auslieferungsgelände zusammen. Zwei Mannreute, die auf dem Gerüst arbeiteten, stürzten ab und verunglückten tödlich.

Gedächtnis-Demonstration. Zwei junge Männer, ein Estländer und ein Engländer, haben in einer kleinen Post von 28 m Länge von Newporf aus den Atlantischen Ozean überquert. Die Reise endete in Plymouth (England).

Neuer Fallschirmretter. Einen neuen Rekord im Fallschirmabprung stellte mit einem Sprung aus 6800 m Höhe Leutnant Petersen in Riga auf.

Partei-Gesinnungen und -so. nossen, werbt für Euer Blatt!

Neuer Komet entdeckt. Ein in Brawley (Kalifornien) wohnender japanischer Amateurastronom hat mit Hilfe eines Teleskops einen neuen Kometen entdeckt, der in der Konstellation des Löwen in der Richtung steht.

Erforschung des Baital-Sees. Auf dem Baitalsee, einem der rätselhaftesten Seen Australiens, ließ ein wissenschaftlich-technisch ausgerüstetes Schiff vom Stapel, das zur Erforschung der Beschaffenheit des Sees dienen soll. Besitzer des Schiffes ist die Akademie der Wissenschaften in Moskau.

Schulenkrieg. In Barquisimeto in Venezuela führte eine Schule ein. Acht Schülerinnen wurden getötet, viele andere verletzt. Die Mordanschläge sind infolge schwerer Regenfälle, durch die die Straßen überschwemmt wurden, sehr erschwert.

Letzte Nachrichten

Glance Sun- und Deatshichts.
Anfangliche Hausfuchungen bei Kommunisten.
Chemnitz, 21. August. Die Chemnitzer Landespolizei veranlaßte in Verbindung mit der politischen Polizei am Donnerstag nachmittag in Penig eine überraschende Suche nach Waffen und

Zur europäischen Wirtschaftslage e.



Infolge der fortwährenden französischen Kreditziehungen aus England ist die englische Finanzlage recht kümmerlich geworden. Umgekehrt hat die Golddeckung bei der französischen Notenbank die enorme Höhe von 75 Prozent erreicht.

Ein seltsames Naturphänomen: John Bull muß sich den Wärtern enger schnallen, weil Marianne dicker wurde.

anderem Material in den Wohnungen führender Kommunisten und im Arbeiterturnerbereich. Es sind nicht nur Waffen, sondern auch anderes belästigendes Material zutage gefördert worden. Während der Hausfuchungen wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die festgenommenen Kommunisten wurden der Chemnitzer Staatsanwaltschaft zugewiesen. Auch im benachbarten Lausitz fanden Hausfuchungen statt, die zu einigen Verhaftungen führten. Die Sichtung des Materials und die Vernehmungen zogen sich bis in die Abendstunden hin. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor.

Das Ende der Star-Gagen.
Berlin, 21. August. (Telunion). In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Berliner Bühnenleiter wurde am Donnerstagabend im Interesse der Erhaltung der Berliner Bühnen der Gagenabbau dahingehend beschlossen, daß unter Beibehaltung einer Konvention künftighin prominente Schauspieler, soweit sie mehr als 100 Reichsmark (100 Mark) Gehalt für Reingehalt prozentual beteiligt werden dürfen. Dieser Betrag wird dort ihnen aber mit höchstens 3000 RM. im Monat garantiert werden.

Polizei und Volkseigenenstellen.
Stade, 20. August. (Telunion). Der Polizeidirektor der Stadt Stade hat am Donnerstagmittag, auf Veranlassung des Staatsheims, eine Polizeiverfügung erlassen, wonach die Auslegung der Listen der Einmohner, die am Volkseigenen teilgenommen haben, verboten wird. Gleichzeitig wurde die Beschlagnahme der Listen angeordnet. Den mit der Durchführung dieser Polizeiverordnung beauftragten Beamten wurde erklärt, daß die Listen inwieweit beantragt worden seien. Daraufhin ist eine neue Polizeiverfügung erlassen, die unter Androhung von 500 Mark Geldstrafe die Auslegung der Listen verbietet. Eine Durchsicht der Geschäftsräume des Volkshaus für die Interelle“ blieb erfolglos.

Am den Abschluß eines russisch-französischen Nichtigkeitsvertrages.
Moskau (über Rom), 21. August. (Telunion). In der nächsten Woche tritt der russische Botschafter in Paris, Domgalecki, seinen Urlaub an, den er im Kaufhaus verbringen wird. Auf der Durchreise wird er im Aufnahmestadium Bericht über die russisch-französischen Verhandlungen über den Abschluß eines französisch-russischen Nichtigkeitsvertrages erhalten. In einem gemeinsamen Bericht rechnet man damit, daß bei der kommenden Begegnung zwischen Brand und Litwinow in Genf noch vorhandene Schwierigkeiten behoben werden.

Sociologische und sozialpolitische Grundfragen der deutschen Schule.
Nach Vorträgen von Prof. Max Adler und Dr. Kurt Gumbel.
Preis nur 30 Pf.
Ausgabe: Halbesbad'scher Lagerplatz

Kleine Anzeigen
wie Käufe und Verkäufe usw. in einer Arbeiter-Zeitung haben bestimmt große Erfolge!

Das Halberstädter Tageblatt
mit seinem weiten Verbreitungsgebiet ist die geeignete Zeitung für die arbeitende Bevölkerung.

Wernigerode

Gewerkschaftsfest 1931 am Sonntag, den 23. August

Bekanntmachung.
Zum Zweck der Aufhebung der Erbsengewerkschaft sollen die Grundstücke der Erbsengewerkschaft in Giffelberg, Gemarkung Giffelberg, Giffelberg Nr. 52, behauert Hofraum mit Hausgarten von 10 a Größe mit 120 M² Gehobebauunterkennungsmert; 30, die lauren Wiesen, Acker von 35,4 a Größe mit 5,55 T² Reinertrag; 120, an Heimbürger Wege, Acker von 33,75 a Größe mit 6,04 T² Reinertrag; 120, die Giffelberg, Acker von 44,58 a Größe mit 5,23 T² Reinertrag; 120, die Giffelberg, Acker von 6,40 a Größe mit 1,11 T² Reinertrag; 120, die lauren Wiesen, Acker von 7,74 a Größe mit 1,22 T² Reinertrag; 120, die lauren Wiesen, Acker von 36,04 a Größe mit 2,45 T² Reinertrag; 120, die lauren Wiesen, Acker von 35,04 a Größe mit 2,18 T² Reinertrag; 120, die lauren Wiesen, Acker von 7,75 a Größe mit 1,21 T² Reinertrag; 120, die lauren Wiesen, Acker von 14, über dem Wiesenweg, Acker von 28,25 a Größe mit 5,14 T² Reinertrag; 120, die lauren Wiesen, Acker von 6,50 a Größe mit 1,28 T² Reinertrag; 120, die lauren Wiesen, Acker von 32,81 a Größe mit 6,48 T² Reinertrag; 120, die lauren Wiesen, Acker von 28,50 a Größe mit 3,30 T² Reinertrag; 120, die lauren Wiesen, Acker von 46,90 a Größe mit 4,90 T² Reinertrag; 120, die lauren Wiesen, Acker von 29,70 a Größe mit 2,56 T² Reinertrag;
am 28. September 1931, vorm. 10 Uhr an Gerichtsstelle, An der Brodenbahn Str. 8, Zimmer 18, veräußert werden.
Dieser haben im Termin mit Sicherheitsleistung in Höhe von 10% des abzugebenden Vergütens zu rechnen.
Wernigerode, den 7. August 1931.
Preuß. Amtsgericht.

Zwangsvollstreckung.
Zum Zweck der Aufhebung der Erbsengewerkschaft soll das Hausgrundstück Giffelberg Nr. 48, mit Hofraum und Hausgarten des Erbsengewerkschafts Heinrich Haupt in Giffelberg, 2,91 a groß, Flugschein Nr. 204 (1910) am 26. Oktober 1931, vorm. 10 Uhr an der Gerichtsstelle, An der Brodenbahn Str. 8, Zimmer 18, veräußert werden.
Dieser haben im Termin mit Sicherheitsleistung in Höhe von 10% des abzugebenden Vergütens zu rechnen.
Wernigerode, den 12. August 1931.
Preuß. Amtsgericht.

Partei-Literatur jeder Art
zu haben in der
Volksbuchhandlung Burgstraße 30

Gammeln der Mitglieder und ihrer Angehörigen nachmittags 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Abmarsch punkt 2 Uhr nach dem Festplatz Bismarck-Platz!
Ansprache, Radio-Konzert, Lieder-Vorträge
Für die Kinder: Befestigungen aller Art, Brettspiele usw. usw.
Anschließend Gewinnverteilung
Festbetrag 25 Pf., Arbeitslohe 10 Pf.

Freibank
Samstags 9-11 Uhr
Fleiß-Verlauf
Schlachthofverwaltungen

Kurtheater
Heute 8.15 Uhr
Zopf und Schwert

Fahr auto NOVENA
Neuerbaute Fabrikation



Sehr billige Webereiwaren

Gute erprobte Qualitäten! — Riesensortimente!

Plaidkleiderstoffe . . . Meter **84 Pf.**
Oxford für Hemden . . . Meter **48 Pf.**
Hemdenbarchent . . . Meter **48 Pf.**
Hemdentuche Meter **28 Pf.**
Bettücher gute Qual., Stck. 2.40 **1.80**
Bettbezugstoffe bunt, Meter 48 **38 Pf.**
Bettbezüge weiß, fertig, mit 2. K. **4.60**

Riesige Posten **Damen-Hemden** . 1.90 1.25 **65 Pf.**
 Riesige Posten **Nachthemden** . . 2.60 1.90 **1.25**

2 riesige Posten
K'seidene Unterkleider 1.90 **1.65**

Riesige Posten **Hauskleider** . . . 3.50 2.50 **1.35**

R Reichenbach



Heute wieder frisch eingetroffen:

Allerfeinste, zarte Fett-Büchlinge

Konsum- u. Spargenossenschaft für Halberstadt u. Umgegend
 c. W. m. b. G.

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch beehre ich mich, der verehrten Einwohnerschaft von Halberstadt und Umgebung mitzuteilen, daß ich in der Franziskanerstr. 44 ein

Radio-Fachgeschäft

und eine

elektrotechn. Anstalt

eröffnet habe. Ich empfehle mich zu Reparaturen an allen Rundfunkanlagen sowie an allen elektrischen Geräten, die gewissenhaft, fachgemäß und billigst ausgeführt werden.

Ab 4 Uhr: Radiokonzert

Mit vorzüglicher Hochstufung

Rudolf Müller Jr., Franziskanerstr. 44

Privatwohnung: Sedanstraße 11.

Photoarbeiten und Vergrößerungen

werden gut ausgeführt in der

Löwen-Drogerie

Walter Rathenaustraße, Ecke Seydlitzstraße.

BUTTER

Feine Qualität Pfund **1.38**

Allerfeinste Schleswig-Holsteinische Molkerei-Butter Pfund **1.60**

Unsere Tee-Butter, ungesalzen u. leicht gesalzen, in auserlesener Qualität . . . Pfund **1.70**

Bei den steigenden Butterpreisen empfehlen wir als

allerfeinsten Butterersatz unsere auserlesenen **Margarine-Spezialmarken.**

Auf alle Waren unseren bekannten Rabatt!

„Hammonia“

Größtes Butter-Spezial-Geschäft Deutschlands.

Fest der Arbeiterschaft

in Halberstadt

am Sonntag, 23. August 1931, auf der „Volkswiese“

Um 9 Uhr: Sammeln auf dem Holzmarkt

9 1/2 Uhr: Abmarsch nach den Bergen.

Auf der Bestimmung Unterhaltung aller Art. Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Den Abschluß des Festes bildet der geführte

Heimarsch bei Fackel- und Lampenbeleuchtung.

Festbeitrag 20 Pfennig. Erwerbslose und Kinder frei!

Sozialdemokr. Partei Deutschlands, Ortsgr. Halberstadt

Bei ungünstiger Witterung wird das Fest um 8 Tage verschoben!



Preiswerte Kraftpost-Sonderfahrten

Am Sonntag, 23. August in die blühende Heide über Braunschweig (Rundfahrt durch die Stadt) Unterlüß—Hermannsburg (Besichtigung des Lönsdenkmal) Bergen—Celle (Besichtigung der Stadt) und zurück über Braunschweig.

Absahrt 6 Uhr. Preis 11.50RM.

Am Montag, 24. August rund um den Brocken über Halberstadt—Trecktal—Elbingerode—Eild—Braunlage—Oderfeld—Torbahn—Radauer Wasserfall—Bad Harzburg—Issenburg—Wernigerode—Halberstadt.

Absahrt 9 Uhr. Preis 5.00 RM.

Am Mittwoch, 26. August nach dem Hartenberg. Absahrt 14 Uhr. Preis 2.00 RM.

Vorverkauf der nummerierten Karten, im Stadt. Verkehrsamt, Holzmarkt 11.

Synagogen-Gemeinde

Dienstag, den 25. August, 20 1/2 Uhr

Borklands- und Repräsentanten-Gesung

Westendorf 15.

Harzer Bergtheater • Grüne Bühne

Thale/Harz (Tel. 25) Leitung: Intendant Erich Pabst

„Ein Sommernachtstraum“

von William Shakespeare

Musik: Mendelssohn-Bartholdy

Aufführungen: Sonnabend, den 23., Montag, den 24., Donnerstag, den 27., Sonnabend, 28. August, 6.30 Uhr.

„Geschichte Gottfriedens von Borslingen mit der eisernen Hand“

(Urfassung). Schauspiel von Wolfgang von Goethe

Musik: Eduard Borchstein.

Aufführungen: Sonntag, den 23., Dienstag, den 25., Mittwoch, den 26., Freitag, den 28., Sonntag, den 30. August, 4.30 Uhr.

Schluß der Spielzeit!

Vorverkauf: Buchhandlung Beiner, Verkehrsamt Sildisches Verkehrs- und Wirtschaftsamt.

Deutscher Metallarbeiterverband

Zahliste Dfischerleben.

Sonnabend, den 22. August 1931, abends 8.30 Uhr, im „Würgerparade“.

Außerordentlich wichtige Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 40 Jahre Qualifizierte Metallarbeiter-Verband und Ehrung langjähriger Mitglieder.

Das Erscheinen aller Mitglieder mit ihren Familienangehörigen erwünscht Die Ortsverwaltung.

„Wahre Jacob“

erscheint 14 tägig (Freitags) zum Preise von nur 30 Pfg. Bestellungen sind an unsere Zeitungsträgerinnen zu richten

Wer sucht Geld?

1., 2. Hypoth., Betriebsg., in kurzer Zeit, durch

Walter Quandt, Halberstadt, Augustenstr. 7 p. Keine Vermittl., Ausk. kostenlos., Anfr. Rückp.

Früchte pik. Erdbeerpflanzen

(Königin Kiste, Späte von Leopoldshall), sowie edle grüne Reineclauden zum Einmachen empfiehlt preiswert

Rob. G. u. S., Gärtnerei, Dioden 1., Ballenberg 5.

Billig!

Täglich blattfrische

Seefische in Auswahl

Pfund 25 bis 35 Pfg.

Sundermanns Fischhalle

Söhleweg 25.

Jg. fettes Rindfleisch

Pfd. 0.80 Mk., Guleisch Pfd. 0.90 Mk., Schiere Pfd. 1.00 Mk., Keulchen Pfd. 1.10 Mk., Heber 1.00 Mk., Grey 0.60 Mk., Guter, Lunge, Kalbfleisch 1.00 Mk., Schinkenham, Kotelett, Schinkenfleisch Pfd. 0.40 bis 0.90 Mk., Fr. Markjagen, hammetfleisch 0.30—0.60 Mk., täglich, M. Niemann, Franziskanerstr. 23.

ff. neue Matjes-Heringe

ff. neues Sauerkraut empfiehlt

B. Hampel Nachf.

Holzmarkt 4

fernruft 1042

Rind- und Schweinefleischerei

J. B. Dünner

Voigtei 15.

pa. Rindfleisch 1 Pfd. 1.00

Keulchen 1 Pfd. 1.10

Keulchen 1 Pfd. 0.80

Keulchen 1 Pfd. 0.80

Keulchen 1 Pfd. 1.00

Keulchen 1 Pfd. 0.80

Möbelpolitur

Wats-Apothek.

Repar. Viehscheren

Wats-Apothek.

„güte Schühe“

Sie brauchen dringend

billige Preise

Sie finden beides im

Miranda

Schuhwarenhaus

Breiteweg 47

Ueberraschend billiges Angebot

Sämtliche noch vorhandenen

Damen-Opanken

in den neuesten Modellen und anerkannt guten Qualitäten

à Paar nur Mk. 5.00

Carl Mäde



Schwimmvereine der Deutschen Turnerschaft

Freitag, 21. August: Empfang u. Fackelzug, Sonnabend, 22. u. Sonntag, 23. Aug., ab 9 Uhr u. ab 15 Uhr: Wettkämpfe im Sommerbad

450 Meldungen der besten DT-Schwimmer und Springer aus allen Teilen Deutschlands für Einzel-, Mehr- und Mannschaftskämpfe in allen Schwimm- und Springarten, 46 Staffeln, darunter 10 Kreisstaffeln, 950 Springer, davon 20 vom 10-Meter-Turm. 6 Wasserballspiele. Hervorragende Sondervorführungen des Militärs, der HT, 1861 und des Realgymnasiums Martineum. Preise der Plätze: Dauerkarte für den besten Platz 2.50 Mk. Sonnabend und Sonntag vom 0.15 bis 1.00 Mk. Sonntag nachmittag 0.30 bis 2.00 Mk. Kinder und Militär ab 1.00 Mk. die Hälfte.

Vorverkauf: Geschäftsstelle Stadtpark, Verkehrsamt, Rathmann, Schulstraße 18.

Sonnabend, d. 22. August, 20 1/2 Uhr: Festabend im Stadtpark.

Sonntagabend: Sommernachtsfest in allen Räumen d. Stadtparks

An der Tageskasse für Karten bis 1 Mk. 10 Pf. und bis 2 Mk. 20 Pf. Aufschlag.



WERNIGERODE

— **Rüffel zum Gewerkschaftsfest!** Am kommenden Sonntag findet das Gewerkschaftsfest statt. Sollte es die Witterung nicht zulassen, das beselste im Bienenstiel vor sich gehen kann, wird die Veranstaltung im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfinden. Gönnt allen Euren Kindern eine Freude und kommt zu der Veranstaltung. Kinderkarten werden kostenlos bei den Unterleitenden der Gewerkschaften abgegeben.

— **Freie Sportvereinsung 1895.** Am Sonnabend, den 22. August, 20 Uhr, wichtige Vorstands- und Vorstanderversammlung im Jugendheim. Die Vorstanderversammlung und Beiträge sind mitzubringen.

— **S.-E. Sportfreunde.** Heute, Freitag, 21. August, 20 Uhr, Spielesitzung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Sonnabend, den 22. August, fährt Sportfreunde 1. und Jugend-Elf zum Rückspiel nach Holzweißig. Abfahrt 14 Uhr vom Vereinslokal mit dem Auto. Die 2. Elf fährt am Sonntag zum Serienlokal nach Union Dabe. 1. Anstoß 16 Uhr. Abfahrt und Fahrpreis wird in der Sitzung bekanntgegeben.

— **Arbeiter-Radio-Bund Wernigerode.** Sämtliche Junggenossen treffen sich am Sonntag morgen, 10 Uhr, beim Genossen Breußel an der Poststraße. Am Sonntag nachmittag nimmt alles geschloffen am Gewerkschaftsfest teil.

— **Seufz „Topf und Schmort“** im Kurtheater. Die Kurtheaterpreise sind niedrig und für alle Kreise erschwinglich. Der Vorverkauf an drei Stellen: Papiergeschäft Schaffhäuser, Breitestraße, Zigarrengeschäft Wamme, Westerntstraße und Th. Kelm, am Markt, gibt Gelegenheit, sich schon gute Plätze im voraus zu besorgen. Die Inhaber von Anrechtspässen werden gebeten, im Laufe des Vormittags noch ihre Karten zu entnehmen.

— **„Was ihr wollt“** wird am Sonnabend 16.30 Uhr auf der Waldbühne gegeben. Erwünschte haben wieder ein Kind frei und Schüler zahlen nur halbe Preise. Vorverkauf bei Th. Kelm, am Markt.

— **Zwei billige Volksvorstellungen am Sonntag!** Bei kleinen Preisen wird „Der Pfarrer von Kirchfeld“ am Sonntag um 16 Uhr gerade aus von dem Sonntagspublikum gemüht werden können, das wochentags die Waldbühne nicht besuchen kann. Die Sommerauffassung des Theaters neigt sich dem Ende zu und sollten daher diese Vorstellungen auf der Waldbühne noch recht gemüht werden. Die kleinen Preise 80 s, 1.— M., 1.20 M.

— **Zum letzten Male „Sturm im Wasserglas“.** Die Vorstellung zu kleinen Preisen soll am Sonntagabend noch einmal gebracht werden. Die Preise sind wieder sehr niedrig: 80 s, 1.— und 1.20 M., an der Abendkasse ein Zuschlag von 20 s. Der Vorverkauf bei Th. Kelm, am Markt, Papiergeschäft Schaffhäuser, Breitestraße und Zigarrengeschäft Wamme, Westerntstraße, sei daher ganz besonders empfohlen.

— **Nationalsozialistischer Stadtrat abgebaut!** Unten 24. Oktober 1930 hat die Regierung in Magdeburg verfügt, daß gegen den nationalsozialistischen Stadtrat Dr. Böttcher das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung aus dem Amte eines Stadtrats eröffnet wird. Als Untersuchungsbeamter wurde Landrat v. Stöckl ernannt. Dr. Böttcher wurde zur Zeit gefest, daß er entgegen dem Runderlaß vom 3. Juli 1930 des Staatsministeriums, für die nationalsozialistische Partei sich betätigt und diese unterstützt hat. Böttcher hat sich gegen diese Anschuldigungen unten 19. Februar d. Js. wehrt. Das Disziplinargericht beim Bezirksausfuß in Magdeburg hat jetzt aber nach eingehender Verhandlung entschieden, daß Dr. Böttcher das Amt eines unbedenklichen Stadtrats in Wernigerode nicht bekleiden kann und er aus diesem Dienst zu entlassen ist.

— **Befehlswechsel!** An der Franzensfeierleistung wurde das Grundstück Friedrichstraße 20, Kofelhandlung Willy Dufemuth, normals Hildebrandt, noch das älteste Geschäft am Platze, vom Kofelhändler Otto Stedert erstanden. Das alte Geschäft soll wieder in Gang gebracht werden. Mit dem Verkauf soll in den nächsten Tagen begonnen werden.

— **Wann greift die Polizei durch?** Die Beschwerden über die „Ruppigkeit“ der Fortbildungsschüler reifen hier nicht ab. Am Mittwoch freuten sich Ortsräte über das schöne Portal der Fortbildungsschule. Fortbildungsschüler belästigten die Kurrenden durch Wort und Tat, bis dem Herrn, (einem Kaufmann), die Geduld riß und er sich in das Innere der Schule begab, um sich zu beschweren. Hoffentlich nimmt nun endlich die Schulaufsichtbehörde Anlaß, gegen die Fegelein der betreffenden Schüler mit aller Schärfe vorzugehen.

— **Fahrtgeschwindigkeit herabgesetzt.** Im Amtsblatt der Regierung zu Magdeburg wird endlich die Fahrtgeschwindigkeit bei 5,5-Tonnen-Lastkraftwagen von 15 auf 12 km innerhalb des Ortsbereichs herabgesetzt. Mit dieser Neuerung ist den berechtigten Wünschen auch der Wernigeröder Hausbesitzer Rechnung getragen worden.

Kreis Wernigerode

— **Darlingerode, 20. August.** Eine Werbefeier, in Form eines „Runden Abends“ veranstaltet die „Sozialistische Arbeiterjugend“ aus Wernigerode am Sonntag, den 6. September, im „Braunen Hirsch“. Das Programm dieses Abends besteht aus Songs, Rezitationen, Gesang, Anekdote und Vorträgen, die sehr interessant zu werden. Da der Eintrittspreis sehr niedrig gehalten ist, wird es allen Freunden unserer Bewegung ermöglicht, diesem Abend zu besuchen. Also! — Jeder halte sich am 6. September für diese Veranstaltung frei.

Aus Halberstadt

Auto rast gegen Eisenbahn.

Auf der Blantenburger Chaussee ereignete sich wieder ein Automobilunglück. Es scheint aber, als ob dieses Mal den Fahrer des Wagens die Schuld trifft. Zu diesem Vorfalle wird uns von einem Augenzeugen berichtet:

„Am Donnerstag nachmittag waltete ich auf der Blantenburger Chaussee, dicht am Bahnübergang hinter der Wilhelmshöhe. Ich bemerkte, daß vom Gut Böhsenhausen eine Lokomotive kam, welche einen Güterwagen schob. Von Blantenburg her kam ein Berliner-Auto mit ungefähr 60 km-Stundengeschwindigkeit. Als die Lokomotive sich dem Uebergang über die Straße näherte, kam auch das Auto heran. Wie es schien, wollte der Fahrer noch vor dem Zuge über die Gleise. Das war aber nicht mehr möglich. Der Güterwagen schob den Vorderteil des Autos und riß es eine kurze Strecke mit. Dann überließ sich infolge des Stoßes das Automobil. Der gesamte Vorderteil des Autos wurde zertrümmert und auseinandergerissen. Der Kühler lag neben dem Wagen, Motor, Zylinder, Steuerung, alles war zerstört. Auf dem Güterwagen stand vor dem Bremserhäuschen ein Schaffner, der im Augenblick des Zusammenstoßes abprang, um nicht zerquetscht zu werden. Er blieb beunruhigt liegen, erholte sich aber bald. Die Insassen des Autos, drei Frauen und ein Mann, erlitten tiefe Fleischwunden, die fast blühten.“

Nach der Ueberführung in unser Krankenhaus wurde festgestellt, die Verletzungen, obwohl sie zwar scheinlich anzusehen waren, ernster Natur sind.

Das Auto gehört einem Thüringer Händler, der sich Geschäfte in vorübergehend in Blantenburg aufhielt.

Falls wirklich die Schuld den Führer des Kraftwagens treffen sollte, so ist es doch notwendig, darauf hinzuweisen, daß durch das Schieben von Güterwagen leicht ein Unglück herbeigeführt werden

kann, weil der Lokomotivführer nicht die notwendige Uebersicht hat, da der vor der Lokomotive rollende Güterwagen das Blickfeld verengt. Früher soll sich an diesem Bahübergang auch eine Schranke befunden haben. Würde es sich nicht empfehlen, eine solche wieder herzurichten?

Heraus zum Fest der Arbeiterschaft.

Alles muß zur Stelle sein!

Die Vorbereitungen zum Fest der Arbeiterschaft sind vollkommen abgeschlossen. Wenn das Wetter keinen Streich durch alle Pläne macht, ist damit zu rechnen, daß sich die Massen der Halberstädter freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter unter dem roten Banner der Sozialdemokratie versammeln. Wie schon mitgeteilt, erfolgt der Abmarsch der Festteilnehmer 9.30 Uhr vom Holzmarkt. Die Gewerkschaften und Vereine werden aufgefordert, mit ihren Fahnen zu erscheinen. Der Umzug wird von den Reichsbannertruppeligen Halberstadt und Westphalen begleitet.

Ganz besonders wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter-Sportvereine Vorbereitungen treffen werden. Auch der Arbeiter-Radioklub stellt sich in den Dienst der Sache. Er wird durch Uebertragungen für musikalische Unterhaltung sorgen. Endlich sei noch daran erinnert, daß die Kinderfreunde eine kleine Festlager-Stadt errichtet haben, die von allen Festteilnehmern besucht werden kann.

Auf dem Festplatz sind Getränke, Erfrischungen und Kuchen zu niedrigsten Preisen zu haben. Auch ist Gelegenheit vorhanden, Kaffee aufzubringen. — Geheiß ist dazu mitzubringen. — Abends erfolgt der Heimmarsch ebenfalls geschlossen. —

* Ein zweifelhaftes Urteil aufgehoben. Ein älterer Mann, der sich bisher straflos geführt hat, war wegen Stillschleppens von zwei Kindern zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und hatte Berufung eingelegt. Die Berufung war nur auf Grund von Kinderansagen erfolgt. Die Große Strafkammer war der Meinung, daß solche Kinderansagen allein zu einer Verurteilung nicht ausreichen und erkannte daher auf Freispruch. — Auch in einem zweiten Fall wurde ein barmherziges Urteil des Schöffengerichts aufgehoben. Ein Angeklagter war wegen verdächtig schwerer Verknüpfung seiner Ehefrau zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er war wegen einer gleichen Tat schon einmal zu einer empfindlichen Zuchthausstrafe verurteilt. Die Strafkammer als Berufungsinstanz war der Ansicht, daß man in der Handlung des Angeklagten noch keine veruchte Stuppel erblicken könne und erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf Freispruch.

* Ein ungeschlicher Kollege. In einer gemeinen Weise hatte sich der Arbeiter Kollmer an einem Kollegen vergangen. Einem Kollegen mit dem er zusammen einen Raum bewohnte, hatte er vor 4 Jahren die Erparnisse in Höhe von 70 RM. gestohlen. Mit dem Gelde hatte er bei einer früheren Vernehmung ein Geständnis abgelegt hatte, veruchte er jetzt, sich auf Leugnen zu legen. Das Queblinger Schöffengericht hatte wegen Diebstahls im Rückfall auf 9 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust erkannt. Die Strafkammer hielt die Strafe für angemessen und verwarf die vom Angeklagten eingelegte Berufung.

* Zepplinspost. Zu allen Zepplinsposten innerhalb Europas, auch den kleineren Fahrten innerhalb Deutschlands, kann Post zur Beförderung mit dem Luftschiff beim Postamt Friedrichshafen aufgegeben werden. Die Portofees sind 1 RM. für eine Karte und 2 RM. für einen Brief.

* Patent-Bericht. Durch den Patentingenieur O. Wöhlhaupt, Sachverständiger für Patentwesen, Berlin R. 31, Brunnstraße 41, wird das nachgenannte Gebrauchsmuster aus unserem Verzeichnis verlaßbar 63g. 1 183 370. Gustav Helming, Halberstadt. Sattelauflagefliegen für Fahrräder und Motorräder. 9. 7. 31. S. 9103.

Sie ist gut



Sie ist billig

darum auch Deutschlands meistgerauchte Cigarette %M.

Die Grütze der „Intelligenz“.

Mittelmäßiges Fährtenhäftlein.

In einer Besprechung über den Verlauf der letzten Sitzung der Stadteordneten, die die Heberführer, Rote Grütze in der DampfstraÙe tragt, kommt die Halberstädter „Intelligenz“ wieder zu solchen Feststellungen und Behauptungen. Wir müssen uns daher mit der Grütze der „Intelligenz“ kurz beschäftigen. Die „Intelligenz“ kann es noch immer nicht verhindern, daß wir den Oberbürgermeister Mertens wegen seiner famosen Verlesungsrede so heftig angriffen; sie schreibt, wir hätten verlastet, mit Ueberhebungen gegen den Oberbürgermeister zu haben. Wenn ein politischer Gegner in der Zeit und Weise spricht, wie es der Oberbürgermeister Mertens getan hat, dann bedarf es wirklich keiner Ueberhebungen. Da genügt eine einfache Darstellung des Sachverhaltes, und jeder, der einen gewissen Sinn und klaren Verstand hat, wird erkennen, daß unsere Kennzeichnung der Verlesungsrede Mertens den Umständen voll und ganz Rechnung trug. Wir hätten gern die Diskussion mit der „Intelligenz“ darüber fortgesetzt, aber ihr war nach unserer Entgegung am letzten Freitag die Sprache ausgeblieben. Wahrscheinlich hat sich unser Stadteoberhaupt dafür eingeschrieben, daß die „Intelligenz“ in dieser Angelegenheit nicht mehr weiter polemisiert, um sie für ihn immer peinigender werdende Verlesungsrede nicht mehr Gegenstand einer öffentlichen Auseinandersetzung sein zu lassen. Oberbürgermeister Mertens hat in der gegenwärtigen Ära sehr schlecht agiert und die „Intelligenz“ hat ein vergebliches Verteidigungsgeheiß geführt. Nun ist Oberbürgermeister Mertens in Ferien. Man vermutet nicht, daß er jetzt schon wieder dabei sei, eine Verlesungsrede auszuarbeiten.

Die Halberstädter „Intelligenz“ scheint mirsch e t m a s gemerkt zu haben, denn sie schreibt getrennt:

„Es scheint so, als ob man auf sozialdemokratischer Seite systematisch den Kampf gegen den nun bürgerlich gewordenen Magistrat aufnehmen will.“

Das scheint nicht nur so, sondern das ist so. Daß das von der „Intelligenz“ jetzt erst bemerkt wird, ist ja behauerlich, doch können wir nicht daran ändern. Solange der jetzige Regierungspräsident Weber Oberbürgermeister von Halberstadt war, hat die „Intelligenz“ nachlässig nicht zurückgehalten mit schmutzigen Angriffen gegen ihn, was sie jedoch nicht hinderte, bei seinem Weggang auf ihn ein Loblied zu singen. Hier haben uns bisher der Kampfesart, wie sie damals von der bürgerlichen Zeitung gesagt wurde, nicht bedient und werden es auch nicht tun. Wenn heute die „Intelligenz“ den Magistrat wegen seiner Nationalität in der Arbeitsbeschaffung verleidet, dann ist das, gelinde gesagt, eine schlimme Demagogie. Wir bekämpfen auch heute wieder, daß der Magistrat bei der Beschaffung von Arbeitern viel mehr tun müßte. Der Kranke in der Bau- und der Bau der Kräfteanlage hätte mindestens in Angriff genommen werden müssen, denn es handelte sich um Projekte, die lange vor der Zeit, da die Finanz- und Kreditkrise eintrat, fertiggestellt waren. Niemand darf darauf, daß Hamburg und andere Städte ihre Bauvorhaben aufgeben müßten, sind deploziert, denn in Halberstadt handelt es sich um Bauten, die heute schon fertig sein könnten, wenn schnell gehandelt worden wäre.

Sonderbar ist es, daß die „Intelligenz“ sich gegen jeden Versuch, die Arbeiterfrage in der Lohnfrage nicht zu schädigen, wendet. So auch in der Frage der 40-Stundenwoche für die Gemeindefunktionäre. Sie ist absolut dagegen, daß eine Vergrößerung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn und Gehalt in der gleichen und bei Ausrückung von Arbeiterkräften eintritt und weiter, daß wir die Förderung der freien Gewerkschaften vertreten. Wollig hat sie aber mit ihrer folgenden Behauptung daneben:

Wer sich an die auf Grund der Notverordnung ergangenen Bestimmungen der Reichsregierung erinnert, in der die Sozialdemokraten gewiß keinen unbedeutenden Einfluß haben, der wird eine andere Ansicht gewonnen sein, als die der Halberstädter Sozialdemokraten getrennt vom Stapel ließen.

So etwas ähnliches hatte in der letzten Sitzung der Stadteordneten auch der Kommunist Bölig behauptet. Allgemeines Geschlechter war die Folge dieser von Sachkenntnis nicht getriebenen Behauptung. Die „Intelligenz“ ist in diesem Falle gefolgt. Die Sozialdemokratie haben die Arbeiter in der Lohnfrage in der Lohnfrage nicht zu schädigen, wendet. So auch in der Frage der 40-Stundenwoche für die Gemeindefunktionäre. Sie ist absolut dagegen, daß eine Vergrößerung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn und Gehalt in der gleichen und bei Ausrückung von Arbeiterkräften eintritt und weiter, daß wir die Förderung der freien Gewerkschaften vertreten. Wollig hat sie aber mit ihrer folgenden Behauptung daneben:

Spättinghof.

Roman v. A. v. d. Eider.

31. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Als die nächste Vollmondsnacht kam, lag sie fast die ganze Nacht mit offenen Augen im Bett, und als dann plötzlich ein Zweig gegen das Fenster wehte und ein leiser Schall auf ihr Bett fiel, schrie sie laut auf.

„Jan möchte wohl glauben, daß eine Scherz träume. Er erwachte, horchte einen Augenblick auf und schloß dann ruhig weiter.“

Am anderen Morgen ging sie im Haus umher wie ein wandelnde Leiche.

„Eine wurde krank. Eine Rippenfellentzündung warf sie aufs Krankenlager. Da ihr Organismus schon lange unter Unruhe und Appetitlosigkeit gelitten hatte, griff die Krankheit sie mit doppelter Gewalt an. Sie hatte großes Fieber und stehende Schmerzen in der Seite.“

„Ich muß sterben“, dachte sie. „Ich höll mich nach sich. Ich sah dich — Bloß Gewissheit muß ich haben, ob Jan irgend ein Satz Tod. Sonst kann ich nicht ruhig sterben, sonst habe ich auch keine Ruhe im Grab und muß hier nach meinem Tod umsehen.“

Ihre Wangen glühten im Fieber, sie ästerte vor Todesangst. „Ich muß sterben“, wiederholte sie, „und das ist gut, ich würde sonst noch ein Kind bekommen, ein liebes, kleines Wesen.“ Tränen traten in Zines Augen. „Es würde mich diesen Weg gehen. Nein, es ist besser, es kommt mit mir ins Grab, es hat geboren wird.“

Als Jan abends aus Bett trat, war das Fieber gestiegen. Der Doktor hatte Befürchtung auf den Hüften verordnet, die ihr große Schmerzen bereiteten. Ihre Gedanken drehten sich unablässig um das eine. „Ich muß sterben!“

„Mit glühenden Wangen sah sie Jan an, mit Augen, die ihn zu durchdröhnen schienen, die auf dem Grund seiner Seele lesen wollten. Wie sie so dolag in den rauschumantigen Wiffen, mit heißen Wangen und feierglühenden Augen, sah sie unheimlich schön aus.“

Sie richtete sich ein wenig auf, ihre Blicke irrten umher. „Jan, bist mir allein?“

„Jan nickte und trat näher ans Bett.“

„Jan“, flüsterte die Kranke mit heiserer Stimme, „ich muß sterben.“

Der Garnisonprediger.

Ein Kapitel aus der Geschichte des Kavallerie-Regiments.

3. Fortsetzung.

Der Hauptmann war jetzt ebenfalls blaß geworden und zielte nun feinerleis mit gerungenen Händen; alle standen mit der äußersten Spannung und saßen die geäußerte Katastrophe herannahen, da Schramm samt seiner Kompanie als die besten Schützen im Armeekorps bekannt waren. Es bligte einen Augenblick in den hochgelauten Augen des betrogenen Gheumanns hart und grausam auf; kaltblütig gab er dem Wirt mit fester Hand die ermüdete Richtung und drückte ab. Ein Knall — ein Schrei — und Mittelmeister v. Hymstedt brach, von einem Schuß in den Unterleib getroffen, zusammen.

Der Unparteiische erklärte den Kampf für beendet, und der Schmerzensrude wurde nach Entfengung eines Noterkrankten in Begleitung des Arztes und der Stenbanten nach dem Lazarett überführt.

Hymstedts Kameraden hatten sich nach dem Dienst vollzählig im Kasino versammelt, um das Ergebnis des Duells so früh als möglich zu erfahren.

Als der Leutnant von Buchpfeifer mit dem Wiffenzarzt eintrat, wurden sie mit lebhaften Zurufen empfangen.

„Ruhe, meine Herrschaften!“ gebot v. Buchpfeifer, Kamerad von Hymstedt lächelte sich für die nächsten sechs Wochen erschludigen, sein Gegner hat ihn kampfunfähig gemacht; wenn er wieder herauskommen wird, kann ihnen am besten unser weiser Doktor sagen.“

Der Mittelmeister v. Hymstedt schien am meisten an dem Ausgang des Kampfes interessiert zu sein, da er mit Hymstedt am häufigsten Verkehr pflegte.

„Sagen Sie mir schnell, Doktor, o unser Hymstedt mit dem Leben davonkommen wird“, sagte er und sah den jungen Wiffenzarzt gespannt an.

„Mit dem Leben mag er diesmal noch davontommen, verheißt der Befragte, aber immerhin liegt hier ein so merkwürdiger Fall vor, wie er nach der Versicherung des Herrn Oberstabsarztes noch niemals vorgekommen ist.“

„Nimmer heraus mit der Sprache, Sie Dinger des Aestulap, wir sterben ja hier vor Meugerd!“ rief der Mittelmeister.

„Meine Herren, bemerken Sie Ihren vollen Ernst“, fuhr der junge Arzt fort, „wenn auch der Herr Mittelmeister wieder genesen sein wird, so ist es doch höchst heutzutage mit Sicherheit anzunehmen, daß er den Dienst quittieren wird.“

Von allen Seiten wurden Versicherung des Bedauerns laut.

„Nimmer schade um den schönen Hymstedt!“

„Aber unterbrechen Sie doch den Doktor nicht“, fuhr der Leutnant v. Buchpfeifer dazwischen, „das Beste kommt ja noch!“

Eine Pause trat in dem Zumut ein.

„Also meine Herren, der Herr Mittelmeister v. Hymstedt hat eine so eigenartige Verwundung erlitten, daß nach erfolgter Amputation für ihn jede Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist, in den Bund der Ehe zu treten.“

Die Spannung unter den Kameraden löste sich und schlug in ein frohliches Gespräch um. Der Herr Mittelmeister v. Hymstedt hatte auf seinem breiten gutmütigen Gesicht den Ausdruck der Betroffenheit, was auf die Zukunftsruher einen trübsamen Eindruck machte.

Die Grütze der „Intelligenz“ über die letzte Stadteordnetenversammlung ist also, das erste mal aus dieser kurzen Darstellung, etwas reichlich künstlich gefärbt. Aber die Färbungen sind zu leicht zu erkennen, als daß ein einengemahnen mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen vertrauter Mensch darauf reinfallen könnte.

* Die Polizei suchte nach Volkssehndelksellen. Gestern erfolgte im Konsum eine Hausdurchsuchung durch die Kriminalpolizei nach Wiffen über den Volkssehndelk. Der Beschäftigte hatte bei der Polizei eine Anzeige erstattet, daß von der Sozialdemokratischen Partei über die Teilnahme am Volkssehndelk Wiffen gefordert worden seien. Diese Wiffen würden, so behauptete er weiter, jetzt im Konsum ausgehoben zum Zwecke des Woytotts. Natürlich mußte die Polizei ihre Hausdurchsuchung ohne Erfolg beenden, denn der Konsumverein denkt nicht daran, Wiffen in seinen Verkaufsstellen zum Ausgab zu bringen. Wir weisen nachdrücklich darauf hin, daß von der Sozialdemokratischen Partei nie zum Boykott von Geschäftenleuten

„Das ist ja einfach schrecklich für den armen Hymstedt“, sagte er erschöpft.

„Nicht wahr, mein lieber Rhoden“, sagte lachend der Oberleutnant und Regimentsadjutant v. Bennedendorf, „es wäre schrecklich, wenn Ihnen das passiert wäre, was hätten dann die armen kleinen Mädchen ohne Sie anfangen sollen?“

„Ja, so schlimm treibe ich's doch gar nicht! Mädchen, die nicht freiwillig zu mir kommen, lasse ich ungeschoren.“

„Aber sagen Sie mir nur, mein lieber Bennedendorf, wie wird sich denn eigentlich Kamerad Graf Beichtingen aus der Affäre ziehen?“ warf Buchpfeifer ein.

„Der Herr Oberst hat den Grafen Beichtingen zu sich ins Regimentsbureau geladen und ihm dringend anempfohlen, um seine Verlegung einzunehmen. Da hat natürlich der Herr Kamerad, um wenigstens beim Regiment zu bleiben, um seine Verlegung nach Rattenburg zur dritten Schmadron gebeten.“

„Nun, damit ist ihm nur gebietet, weil er drüben wieder freien Spielraum für seine Extravaganzen haben wird; denn daß er es dort besser treiben wird als hier, das glaube mir kann; schade um jedes Mädel, das ihm ins Netz geht.“

„Weshalb schade, Herr Kamerad?“ fragte Rhoden, „wogu sind denn die Mädchen da? Sagen Sie lieber, schade um jede Frau, die nicht gepuffert wird, schade um jene Patrone, die nicht versoffen wird.“

„Aber Beichtingen geht doch weiter“, ließ sich Buchpfeifer von neuem vernehmen, „er flattert nicht wie ein Schmetterling von Blume zu Blume, um aus Ihren Wäntelchen zu nippen, nein, er hält sich bei jeder so lange auf, bis sie ruiniert und ihre Familie blutigeleitet ist; sehen Sie, mein lieber Rhoden, das ist der gewaltige Unterschied zwischen ihm und Ihnen.“

„Ja, daran habe ich auf Ihre noch nie gedacht“, sagte Rhoden etwas verblüfft, „Herr Kamerad könnten Recht haben.“

II.

Daniel Runge, der Garnisonprediger, sah am Morgen nach der vielbesprochenen Predigt mit seiner Familie am Frühstückstisch.

Bei Gelegenheiten hatte, zu diesem kleinen Kreise gezogen zu werden, konnte dabei vielseitige und überaus feine Wahrnehmungen machen. Der fromme Knabe hatte eine Gesirfründlichkeit, die eigentlich über seine Verhältnisse hinausging und das mußte umso mehr wundernehmen, weil er bei jeder Gelegenheit seine Armut und Dürftigkeit heraufzudeckte und laßsächlich auch sein Vermögen geizig; eingedrückt hatte ihm weder seine erste noch seine zweite Frau irgend etwas von Belang.

Die erste Frau des Garnisonpredigers ruhte nun schon seit langen Jahren draußen unter dem Rasen; merkwürdigerweise hatte sie über ihre Ruhestätte nicht auf dem Bartholomäuskirchhof, wie andere Mitglieder der Gemeinde sie betamen, sondern der Sanderling hatte sie, nachdem sie während einer Epilepsieperiode verstorben war, gleich geduldeten Armen auf dem vor dem Bonnhordirekt gelegenen Armenfriedhof beisetzen lassen. Wie bem auch sein mag, es gab auch in diesem Falle bei Parteien, die zu diesem christlichen Akte eine grunderhebliche Stellung einnahmen.

(Fortsetzung folgt.)

aufgefordert worden ist. Es kann ihr aber nicht das Recht genommen werden, ihre Mitglieder davon zu unterrichten, was zum Volkssehndelk gehen ist, denn der Volkssehndelk war öffentlich. Es ist das nur eine politische Maßnahme. Wenn ein Geschäftsmann dadurch einen wirtschaftlichen Nachteil leiden sollte, dann muß ihm jetzt gesagt werden, daß er sich den Gang zum Volkssehndelk hätte überlegen müssen. Ausdrücklich sei nochmals betont, daß die Sozialdemokratische Partei in Halberstadt gar nicht daran denkt, ihre Mitglieder zum Boykott von Geschäftenleuten aufzufordern.

Dienabend. In der letzten Nacht zwischen 1 und 2 Uhr brannte in der Nähe des Gefängnisses ein Strafbtosen nieder. Allen Ansehend nach liegt Brandstiftung vor, da das Feuer auf der Seite emstieff, an welcher der Wind antommen konnte. In der Nähe des Diemens waren noch Garben so aufgestellt, daß das Feuer auf sie überpringen und die übrigen Garben in Brand setzen konnte. Da ein um die fragliche Zeit dort beobachteter Radfahrer mit der Zeit zumunnenhängt, steht noch nicht fest.

„Gott, bei meiner Seele Seligkeit, ich bin kein Mörder. Ich habe nicht einmal den Gedanken gehabt, Jaf umzubringen.“

„So sprach Jan Thomsen. Dann ging er, ohne sich noch einmal umzusehen, aus der Tür.“

„Eine hatte jedes Wort in sich aufgenommen. „Gott sei Dank!“ Wie ein erlösender Seufzer klang es von ihrer Lippen. Dann legte sie den Kopf auf die Seite und schloß die Augen. Sie war erschöpft und müde; als die Wimmelnden, von Jan geschickt, ins Zimmer trat war sie bereits fest eingeschlafen.“

„An Hans Jergen stritten Jörn und Enkeisen. Er hielt es nicht im Haus aus. Meckeln nippte er an seiner Kaffeetasse, die auf dem Küchentisch für ihn eingeschont stand. Dann nahm er die Mütze vom Hut und ging durch die Stalltür hinaus ins Freie.“

Es war ein klarer, kühler Herbstnachmittag. Die frische Luft kühlte angenehm die heißen Stirnen des erregten Mannes. Er wühlte nur, daß es schon dunkel wäre, damit ihn niemand sehe, damit er seinen Gram und seine Scham verbergen konnte.

„Jan Thomsen ging die Tritt entlang hinten aus dem Dorf herum, so man die Häuser von hinten sah, wo die grünen Wälder in der Entscheidung jenseits. Hier würde ihn niemand begegnen, denn er Rede stehen mußte; hier war er mit sich allein.“

„Er kam an des Rentors Haus vorbei. Ein frischer kühlerer Duft wie vom reifen Obst wehte zu ihm herüber. Er stand still. Das er hineingehen, oder er frauste alle sagte und sich von ihr hat hofte? Aber was sollte er ihr sagen? Daß sein eigenes Weib ihn für den Mörder hielt?“

„Er ging weiter. Er drückte die Mütze in die Stirn und schlug den Nacktragen hoch. Allmählich wurde sein Blut ruhiger; seine Schritte mächtig sich.“

„Also das war es“, dachte er voll Trauer und Ingrimm. „Deshalb ihr scheues Wesen, ihr Ausweiser, ihr Erschauerer, wenn ich sie in den Armen hielt. Das war es, was ins Jafrengung trennte, über das seine Weibte hinterführte. Für einen Mörder hielt sie mich, der ich seinem Tier ein Dack tun kann. Seltsam, hat dieser Gedanke sich in ihr festgesetzt. Sie hat ihn gehabt Tag und Nacht. Wird das künftig anders sein? Nein! Wenn der Gedanke auch auf Augenblicke gebannt ist, er wird wiederkehren, er wird sich ganz verdecken lassen. Sie wird mich stets als den Mörder meines Bruders ansehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Sprecher Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Abonnementspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Beilagen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Blättern und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 239. Verleger: Göttsche'sche Verlags- und Druckerei-Gesellschaft, Halberstadt, Wilhelm-Rindermann-Str. 1. Fernruf 239. Verantwortlich für Inhalt u. Redaktion: Wilhelm Rindermann, für den Inhalt: Dr. Wilhelm Rindermann, für den Inhalt: Dr. Wilhelm Rindermann, für den Inhalt: Dr. Wilhelm Rindermann.

Anzeigenpreis die achtzeilige Spaltenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Beilagenpreis 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgesehen ist der bei Zahlung vorliegende Betrag. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfach 1010 Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 50.

Nr. 194

Freitag, den 21. August 1931

6. Jahrgang.

Arg verschuldet!

Hugenbergs Schulden allein bei der Danat 42 Millionen.

Zürich, 20. August. (Eig. Drahtf.)

Der Berliner Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“ meldet seinem Blatt: „Es ist jetzt festgestellt, daß die Schuld des von Dr. Hugenberg geleiteten Konzerns bei der Danabank nicht weniger als 42 Millionen Mfr. beträgt. Man hat, wie ich zuverlässig erfahren habe, in diesen Tagen den Reichsanwalt Dr. Bräuning zu veranlassen gesucht, die Maß, die das Reich heute über die Danabank und die Abwicklung ihrer Geschäfte beschließt, zu bestätigen, um Dr. Hugenberg in Schwierigkeiten zu versetzen, die gleichzeitig das Ende seiner politischen Betätigung bedeuten würden. Der Reichsanwalt hat das abgelehnt. Die Verpflichtungen Dr. Hugenbergs und seiner Unternehmungen beruhen auf privatrechtlichen Grundlagen und dürfen auch auf privatrechtlicher Basis unter Ausschluß jedes politischen Momentes abgewickelt werden.“

42 Millionen Schulden allein bei der Danat und das in der heutigen Zeit ist selbst für den Hugenberg-Konzern eine Last, die er auf die Dauer überhaupt nur tragen kann, wenn ihm die unter Reichsgarantie stehende Danat weitgehend entgegenkommt. In dieser Beziehung ist bereits etwas geschehen.

Die Konzilien, mit der Herr Bräuning den Schuldner der Republik, Herrn Hugenberg, behandeln wollen, finden wie von ihm als Reichsanwalt bezeugt, Hugenberg hat das Geld auf „privatrechtlicher Grundlage“ gepumpt, aber ist er bisher auch den Voraussetzungen dieses Pumpens gerecht geworden? Hat er mit der längst fälligen Rückzahlung der Kredite bereits begonnen?

Es scheint, daß die Konzilien der Republik gegenüber Herrn Hugenberg, der jahrelang gegen die republikanische Staatsform und ihre Repräsentanten mit Gift und Galle hat ankämpfen lassen und auch jetzt noch kein anderes Ziel kennt, wieder einmal seine Grenzen kennt. Wie fordern deshalb, daß die Reichsregierung endlich die Karten aufdeckt und die Steuerzahler, ohne deren Steuerkraft die Reichsgarantie für die Danat nicht möglich wäre, wissen läßt, ob und wie mit ihrem Geld eine der Verderber Deutschlands über Wasser gehalten wird.

Nazi-Pleite in Hannover.

Trotz Pleite hohe Rednerhonoreare.

Hannover, 20. August. (Eig. Drahtf.) Das nationalsozialistische Organ in Hannover hat nach einer Mitteilung des sozialdemokratischen „Volksmüllers“ mindestens 220 000 Mark Schulden, denn es ist mit Wechseln geflutet worden, wobei sich die Mehrheit des Eigentumsvermögens hat. Namhafte Firmen sollen das Wechsel des Blattes mit der Bemerkung zurückgegeben haben, daß der hannoversche Naziverlag nicht in dem Maße fähig, zahlungsfähig zu sein. Der „Volksmüller“ meldet ferner, daß Prinz Ludwig kürzlich für eine Naziverammlung 250 Mark Rednerhonorar gefordert und erhalten habe und der Schwulst-Hauptmann Böhm zu dem gleichen Zweck in den Besitz von 150 A. gelangt ist.

Nazi-Hetze u. Gemeine Verdächtig.

Berlin, 20. August. Der Berliner Polizeipräsident teilte mit: Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ ist auf Grund des § 2 der Polizeiverordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausstellungen vom 17. Juli bis 26. August einschlüssig verboten worden. Das genannte Blatt hat am Donnerstag in sensationeller Form die Behauptung aufgestellt, daß Reichsbannerleute als Leiter für das Eisenbahnattentat in Tübingen kämen. Diese Behauptung, die mit den polizeilichen Ermittlungen in der Altentastafel Tübingen in keiner Weise übereinstimmt, stellt eine so außerordentlich heftige Verleumdung dar, daß eine erhebliche Gefährdung der Sicherheit und Ordnung als vorliegend erachtet werden muß. Aus diesem Grunde ist das erwähnte Verbot erfolgt. Bemerkenswert ist, daß unter den vielen hundert Spuren, die zurzeit in der Altentastafel Tübingen verfolgt werden, keine einzige vorhanden ist, die auch nur andeutungsweise in der vom „Angriff“ behaupteten Richtung liegt.

Die unerhörte Behauptung des Berliner Nazi-Organs ist in der Form eines Briefes aufgestellt worden, der von einem Verband der Reichsbannerpolitiker stammen soll. Dazu ist die Reichsbahn mit, daß es einen Verband der Reichsbannerpolitiker nicht gibt. Es ist ihr nur bekannt geworden, daß sich vor kurzer Zeit ein „Verband der Lieberwälder Reichsbannerpolitiker der Deutschen Reichsbahn (RDL)“ zur Wehrung der wirtschaftlichen Interessen gebildet hat. Diesem Verband hätten sich Lieberwälder nur wenige Prozent des 1700 Mann umfassenden Lieberwälder Reichsbannerangehörigen. Die Reichsbahnverwaltung werde im übrigen

langt ist. Von den Einnahmen der betreffenden Verammlung soll der Münchener Zentralleitung als Zuschlag für die ihr von der hannoverschen Ortsgruppe gesandten 10 000 A ein Betrag von 2500 A überwiesen worden sein. An die Abdeckung der Schulden in Hannover, wo mehrere Schlichter schon seit Wochen für geleistete Waren 4800 A zur Beanpruchung haben, hat die Nazi-Verteilung in Hannover bisher nicht gedacht.

Nazis gegen Nazis.

Chemnitz, 20. August. (Eig. Drahtf.) In Chemnitz kam es am Mittwoch in vorderster Abendstunde zwischen Nationalsozialisten der Richtung Straßer und der Richtung Hitler zu einem hitzigen Zusammenstoß. Die Straßerleute hatten zu einer öffentlichen Verammlung aufgerufen. Erschienen waren etwa 20 Personen. Kurz vor Beginn der Verammlung brangen 150 Nationalsozialisten der Richtung Hitler in den Saal, besetzten Fenster und Türen, so daß von den Anwesenden niemand den Saal verlassen konnte. Dann gingen die Hitlernazis zum Angriff vor. Mit Rufen wie: „Also nun front heil!“ und „Zeit den Brüdern, daß unsere Richtung richtig ist!“ begann ein Bombardement mit Biergläsern, Flaschen und Stimmzetteln auf die Straßerleute. Sämtliche Tische und Stühle des Lokals wurden zertrümmert und klein geschlagen. Die rasende Hitlermeute vergriff sich selbst an den wenigen anwesenden Frauen. Die Einberufer der Straßer-Verammlung wurden fast halb tot geschlagen. Als die Lieberwälder Kommando erschien, löschten die Hitlernazis durch Türen und Fenster. Die Polizei nahm mehrere Personen fest.

Die englische Sparaktion.

Ein zehnprozentiger Zoll auf die Einfuhr?

London, 20. August. (Eig. Drahtf.) Die Arbeiterregierung unterrichtete die Fraktionen des Unterhauses am Donnerstag über das nach langen Kabinettsberatungen zustandegekommene Sparprogramm. Zunächst wurden die Vertreter der Liberalen Partei empfangen, dann die Führer der konservativen Partei und schließlich der Vorstand der Labour-Party und der Generalrat der Gewerkschaften. An dem Sparprogramm, über dessen Inhalt zuverlässige Einzelheiten immer noch nicht vorliegen, ist der vielbesprochene Zoll auf die Einfuhr von Waren ein wichtiges Element. Ein Zoll von zehn Prozent auf die Einfuhr von Waren ist ein wichtiges Element des Sparprogramms. Immerhin werden wir bei der Gesamtdurchführung um eine Verringerung der Ausgaben um 100 Millionen Pfund auskommen, was ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Sparziele ist. Die Regierung wird sich für die Einführung eines Zolls von zehn Prozent auf die Einfuhr von Waren einsetzen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Sparziele. Die Regierung wird sich für die Einführung eines Zolls von zehn Prozent auf die Einfuhr von Waren einsetzen.



menn nicht gar auf diese Weise der Verlust unternehmen wird, die Unterlegung des Eisenbahnattentats auf solche Fährte zu lenken. Die Bundesleitung des Reichsbanner Schwarzzug weiß die gegen das Reichsbanner erhobenen Vorwürfe mit aller Schärfe zurück und erklärt:

1. Nach den Mitteilungen des Polizeipräsidenten in Berlin hat sich unter den vielen Anzeigen, die bei der Unterlegung des Eisenbahnattentats eingegangen sind, nicht eine einzige Spur gefunden, die auch nur andeutungsweise einen Verdacht gegen Reichsbannerleute erkennen ließe. 2. Das Reichsbanner ist und bleibt unbekannt. Die Behauptung von einer systematischen Bewaffnung und von dem Bestehen einer Zentralfelle zur einheitlichen Waffenbefugung ist aus der Luft gegriffen, wie auch die Behauptung von den beachtlichen Waffenbeständen bei der Reichsbahn in das Reich der Fabel gehört. 3. Eine Schutz-Organisation existiert nicht und hat auch nie existiert.

Reichsreform — aber wie?

Den in der Öffentlichkeit diskutierten Reichsreformentwürfen ist gemeinsam, daß sie nur durch Änderungen der Reichsverfassung realisiert werden können. Die Parteiverhältnisse im gegenwärtigen Reichstag lassen einen dahin zielenden Versuch aber als aussichtslos erscheinen. Der Weg über den Volkensitz würde bei gleichzeitiger Aufklärungsarbeit vielleicht zum Erfolge führen. Gegen eine Verbreiterung spricht all das, was gegen große öffentliche Versammlungen und Abstimmungen in diesen Notzeiten, insbesondere vom Standpunkt der Sicherheit und Ordnung angeführt werden kann. Soll man nun resignieren und die Dinge treiben lassen? Eine solche Haltung könnte leicht verhängnisvoll werden. Der Satz, daß die Verwirklichung notwendiger Reformen die Mutter der Revolution sei, gilt auch hier. Dabei ist natürlich nicht Revolution im eigentlichen Sinne gemeint, sondern nur insofern, als ein zu langes Hinmüsseln der neuen Staatsgestaltung dazu zwingen könnte, unter ungünstigen Verhältnissen überstürzt und ohne die notwendige Rücksichtnahme auf die unendliche Mannigfaltigkeit der Verhältnisse eine Reform durchzuführen, die sich heute noch organisch an das Bestehende anfügt und auf ihm aufbauen kann. Was läßt sich also zurzeit praktisch tun?

Der Preussische Ministerpräsident hat kürzlich in einem Zeitungsartikel im Zusammenhang mit der als notwendig anerkannten Reuegestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse im Reich folgende Ausführungen gemacht:

„Preußen wird dem Reiche ohne jede Spur von Parteilichismus und Eigenliebe zur Seite stehen, wenn es jetzt daran gehen will, die Grundzüge einer vernünftigen Rationalisierung des deutschen Verwaltungsapparates in die Wege zu leiten. Es wird ihm die Wege ebnen helfen zu einer Reichsreform, bei der sich alle diejenigen auf breiter Basis zusammenfinden werden, die einsehen, daß jetzt nicht Parteistempel und über Zant erlaubt sind, sondern daß das deutsche Staatsrecht von allen unnötigen Ballast befreit werden muß, wenn es die himmlische Fahrt in schwerer Senot bis zum sicheren Hafen bestehen will.“

Mit diesen Worten — Reichsreform — ist gemeint, daß nicht an eine verfassungsrechtliche Reuegestaltung des Reichsaufbaues gedacht ist. Die schwere Senot, von der der Preussische Ministerpräsident spricht, gestattet keine schwierigen Umbauten, erlaubt nicht abzuwarten, bis die Voraussetzungen für eine umfassende Verfassungsreform gegeben sind, auf deren Fehlen einleitend hingewiesen ist. Es muß schnell gehandelt werden, Taten statt Worte!

Gedacht ist zunächst an die Herstellung von Verwaltungsgemeinschaften zwischen dem Reich und Preußen, wie sie auf Einzelgebieten schon lange bestehen. Die Gemeinschaft soll aber die Zentralstellen, die Ministerien von Reich und Preußen erstehen. Denn man den Gedanken der Bildung von Verwaltungsgemeinschaften in der Richtung der losen, differenzierenden Endlösung verlor, so läßt sich eine Verwirklichung zwischen dem Reichsreformer und den entsprechenden preussischen Reformaten auch auf die entsprechenden Reformaten der anderen norddeutschen Länder ausdehnen. Das Reichsjustizministerium würde dann also nicht nur zugleich preussisches Justizministerium sein, sondern auch Justizministerium für Pommern, die beiden Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig usw. Der Reichsminister wäre dann in seiner Eigenschaft als Landesminister aller Bundesländer der zuständige Reformat der zusammengegliederten Länder verantwortlich, weil diese ja rechtlich als Länder bestehen bleiben. Es ist aber schwer vorstellbar, daß der Landesparlamentarismus die Kraft haben sollte, bei einer Fortdauer der auf Zusammenstoß abzielenden allgemeinen Lebens dieses Suezin wieder zu greifen. Man wird im Gegenteil annehmen dürfen, daß die Gemeinamtheit der Regierung dazu führt, daß die Parliamentsentscheidungen im Reich und den in Betracht kommenden Ländern aufeinander abgestimmt werden. Meinungsverschiedenheiten, die etwa in der Frage der Mißtrauensentbindung zwischen Reich und Landesparlament bestehen, werden innerhalb der gemeinsamen Regierung lösenden Parteien zu bereinigen sein. Die Vereinigung der Verwaltungsdirektionen und die Ausgliederung der Verwaltungsdirektionen ist, sobald der Zustand sachlich bestehende Zustand alsbald verfassungsrechtlich untermauert wird.

Diese kurz angedeutete Maßnahme, die auf dem Wege von Konventionen verwirklicht werden könnte, erhebt aber allein nicht ausreichend; sie würde sich nach dem Gesagten zunächst auf die Zentralstellen, auf die Ministerien, beschränken. Gewiß würde damit verbundene Unterstellung von Reichs- und Landesbehörden unter einheitliche Zentralgewalt nicht ohne Einwirkung auf die Verwaltungsstellen auch in der Provinzial- und Lokalverwaltung bleiben. Dies aber ist nicht möglich ohne eine territoriale Strukturvereinigung, die den Austausch der Entlasten zwischen den Ländern auf der einen Seite und die Ausgliederung der Verwaltungsstellen auf der anderen zum Ziele haben muß. Eine reichsrechtliche Ermächtigung, ohne Vermittlung der Landesparlamente die Maßnahme durchzuführen, würde schon einen erheblichen Teil der Schwierigkeiten beseitigen, die heute von der Seite der Verwaltungsgeographie aus einer parlamentarischen und rationellen Durchführung der Verwaltungsaufgaben im Wege stehen. Auf der Grundlage gut gegliederter Verwaltungsbezirke lassen sich dann die notwendigen Zusammenlegungen der Behörden, deren